



Konzeption zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern

- Erste Fortschreibung -

Herausgeber

Ministerium für Soziales und Gesundheit
Mecklenburg-Vorpommern
Werderstraße 124 • 19055 Schwerin
Tel.: 0385 588-0
Fax: 0385 588 9099
E-Mail: poststelle@sm.mv-regierung.de
www.sozial-mv.de

Satz & Druck

Druckhaus Panzig

Redaktionsschluss 31.12.2010**Wahlkampfverbot**

Diese Broschüre wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist besonders die Verteilung auf Wahlkampfveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Konzeption zur Förderung der Integration
von Migrantinnen und Migranten
in Mecklenburg-Vorpommern
- Erste Fortschreibung -

Vorwort

Unser Land nimmt seit Jahren Zuwanderinnen und Zuwanderer auf, die aus unterschiedlichen Gründen hierher kommen. Auch die Nachbarschaft zu Polen und die geografische Lage als Ostseeanrainer prägen das Thema Migration und das Zusammenleben in Mecklenburg-Vorpommern.

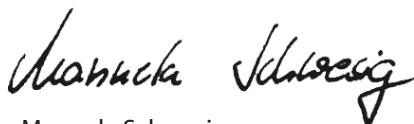
Die Landesregierung bekennt sich dazu, Zugewanderte zu integrieren. Unsere Weltoffenheit soll sich im alltäglichen Umgang und in einer von Akzeptanz und gegenseitiger Wertschätzung geprägten Atmosphäre widerspiegeln.

Ich freue mich, Ihnen mit dieser Broschüre die Erste Fortschreibung der Landesintegrationskonzeption aus dem Jahr 2006 vorlegen zu können. Wir bringen hierin das bisher Erreichte in der Integrationsarbeit zum Ausdruck und passen Ziele und Aufgaben der veränderten Lebenswirklichkeit an.

Unsere Kernanliegen sind die frühzeitige Integration von Kindern und Jugendlichen, die umfassende Teilhabe von Familien mit Migrationshintergrund in allen Lebensbereichen und eine weitere Verbesserung der Zugänge zur Arbeitswelt durch sprachliche und berufliche Bildung. Die eigenständige Sicherung der Existenzgrundlage und gesellschaftliche Anerkennung durch berufliche Tätigkeit gelten als wichtiger Indikator für eine gelungene Integration. Unser Augenmerk richten wir auch auf die Stärkung der Beteiligungsrechte von Migrantinnen und Migranten. Dazu bekennen wird uns auch mit der Landesförderung.

Mit unserem Konzept legen wir eine aktuelle Arbeitsgrundlage vor, die allen in der Integrationsarbeit Aktiven - auch außerhalb der Landesregierung - einen verlässlichen Rahmen für eine zukunftsorientierte Arbeit bieten soll.

Ich danke allen fachkundigen Akteuren, besonders den Migrantenorganisationen, ganz herzlich für die engagierte Mitarbeit an diesem Konzept. Wir brauchen diesen Dialog auch weiterhin, wenn es um die Umsetzung und Weiterentwicklung unserer integrationspolitischen Vorhaben geht. Auch dafür sollen mit diesem Konzept Impulse gesetzt werden.



Manuela Schwesig
Ministerin für Soziales und Gesundheit
Mecklenburg-Vorpommern



Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Integrationspolitische Grundsätze der Landesregierung	8
2. Rahmenbedingungen für die Integrationsförderung	9
2.1 Europäische Einwanderungspolitik sowie Rahmenbedingungen des Bundes	9
2.2 Zuwandererstruktur und Rahmenbedingungen in Mecklenburg-Vorpommern	10
3. Schwerpunkte der Integration	13
3.1 Allgemeine Ziele und Aufgaben	13
3.2 Felder der Integrationsförderung - Situation, Ziele und Aufgaben	15
3.2.1 Aktive Partizipation und gesellschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten	15
3.2.2 Rahmenbedingungen für die Integration von Familien, Frauen, Kindern und Jugendlichen	17
3.2.3 Frühkindliche Bildung und Erziehung	19
3.2.4 Schulische Bildung und Erziehung	22
3.2.5 Berufsorientierung, -vorbereitung und -ausbildung	25
3.2.6 Eingliederung in den Arbeitsmarkt und berufliche Selbständigkeit	29
3.2.7 Seniorenarbeit und Altenhilfe	35
3.2.8 Wohnen	36
3.2.9 Gesundheit	37
3.2.10 Kultur und Sport	39
3.2.11 Religion	41
4. Ausblick	42

1. Integrationspolitische Grundsätze der Landesregierung

Mecklenburg-Vorpommern ist mit knapp 1,7 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern ein dünn besiedeltes Flächenland. Durch niedrige Geburtenraten und den Wegzug überwiegend junger Einwohnerinnen und Einwohner verliert das Land seit Jahren kontinuierlich an Bevölkerung. Der Zuwachs durch Zuwanderung verdient vor diesem Hintergrund eine besondere Wertschätzung. Er vermittelt nicht nur Impulse für die demografische Entwicklung. Migrantinnen und Migranten tragen auch dazu bei, die wirtschaftliche und kulturelle Leistungsfähigkeit zu erhalten und zu steigern. Zuwanderung bietet darüber hinaus eine Chance für die Entwicklung sämtlicher gesellschaftlicher Bereiche, sofern es gelingt, diese durch gezielte Integrationsförderung zu nutzen.

Das Land will mit seiner Integrationspolitik vor allem das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft nachhaltig gestalten und die Teilhabe von Zuwanderinnen und Zuwanderern in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erhöhen. Dieser umfassende Gestaltungsauftrag richtet sich sowohl an die Zugewanderten als auch die Aufnahmegesellschaft und ist immer auf Wechselseitigkeit angelegt.

In den vergangenen Jahren ist das Land auf diesem Weg ein gutes Stück vorangekommen. Auf der Basis der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern hat die Landesregierung ihre integrationspolitischen Grundsätze in den Leitlinien zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern verankert.¹ Im Jahr 2006 wurde mit der „Konzeption zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten“² erstmals ein Handlungsprogramm vorgelegt und dessen Umsetzung und Weiterentwicklung in Angriff genommen. Konkrete Zusagen zur Weiterentwicklung der Integrationspolitik ist das Land auch mit Blick auf die Initiative des Bundes zum Nationalen Integrationsplan sowie die entsprechenden länderübergreifenden Aktivitäten eingegangen.

Integration ist eine dauerhafte Aufgabe. Das Land ist entschlossen, auch künftig alles zu tun, damit die Integration der zugewanderten Menschen und ihrer Familien in Mecklenburg-Vorpommern gelingt. Hierzu wird die Zusammenarbeit mit dem Bund, den Ländern, den Kommunen und der Zivilgesellschaft fortgesetzt. Innerhalb des Landes soll der Weg des Dialogs wei-

tergeführt und ausgebaut werden. Sowohl die Migrantinnen und die Migranten als auch die aufnehmende Gesellschaft müssen sich dabei aktiv einbringen.

Der Integrationswille der Migrantinnen und Migranten³ ist ausschlaggebend für eine erfolgreiche Integration. Sie tragen eine hohe Eigenverantwortung, sich umfassend mit ihren individuellen Fähigkeiten in den Integrationsprozess einzubringen. Ihnen wird die aktive Mitgestaltung, das Erlernen der deutschen Sprache sowie das Aneignen von Kenntnissen zur hiesigen Kultur, Geschichte und Rechtsordnung und die Anerkennung der hiesigen Werte abverlangt.

Vorrangige Zielgruppe der Integrationsförderung sind Migrantinnen und Migranten mit einem auf Dauer angelegten Aufenthalt. Dazu zählen:

- Migrantinnen und Migranten, die eine Niederlassungserlaubnis oder eine Aufenthaltserlaubnis nach dem Aufenthaltsgesetz besitzen,
- Unionsbürger und ihre Familienangehörigen nach dem Freizügigkeitsgesetz (Artikel 2 Zuwanderungsgesetz⁴),
- Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie deren Familienangehörige nach dem Bundesvertriebenengesetz (Artikel 6 Zuwanderungsgesetz),
- eingebürgerte Migrantinnen und Migranten.

Integration soll den spezifischen Bedürfnissen unterschiedlicher Migrantengruppen Rechnung tragen. Unter dem Blickwinkel besonderer Lebenslagen, einer geschlechterdifferenzierten Ansprache und teilweise struktureller Benachteiligung müssen auch die spezifischen Belange von

- Kindern und Jugendlichen,
- Mädchen und Frauen,
- Jungen und Männern,
- älteren Migrantinnen und Migranten und
- Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen

in der Integrationspolitik Beachtung finden.

In den Integrationsprozess werden auch Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie geduldete Flüchtlinge einbezogen, soweit es ungeachtet ihres zunächst vorübergehenden Aufenthaltes geboten ist.

1 Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 4. Wahlperiode, Drucksache 4/968

2 Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 4. Wahlperiode, Drucksache 4/2282

3 Die Begriffe „Migrantinnen und Migranten“ werden für Personen mit eigener als auch für solche ohne eigene Migrationserfahrung benutzt. Die für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren sind am 30. September 2008 in Hannover übereingekommen, die auf der Basis des Mikrozensus 2005 entwickelte Definition des Merkmals „Migrationshintergrund“ anzuwenden. Demnach liegt ein Migrationshintergrund vor bei a) aus dem Ausland Zugewanderten, b) Ausländerinnen und Ausländern, c) Eingebürgerten und d) Kindern mit mindestens einem im Ausland geborenen und zugewanderten, ausländischen oder eingebürgerten Elternteil.

4 Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz - ZuwG) vom 30. Juli 2004 (BGBl. I S. 1950)

Für das Gelingen der Integration von Migrantinnen und Migranten ist die interkulturelle Öffnung der Gesellschaft erforderlich. Alle im Land lebenden Menschen sind gefordert, die dafür notwendige interkulturelle Kompetenz zu erlangen. Sie beinhaltet die Fähigkeit, „sich der eigenen kulturellen Prägung bewusst zu werden, die eigene Wahrnehmung zu reflektieren, Unterschiede zwischen sich und den Anderen zu akzeptieren und mit dem Anderssein des Gegenübers angemessen, respektvoll und nichtdiskriminierend umgehen zu können.“⁵ Für die interkulturelle Öffnung unserer Gesellschaft tragen Politikerinnen und Politiker sowie Beschäftigte von Institutionen, Behörden und sozialen Diensten eine herausgehobene Verantwortung.

Maßnahmen zur Umsetzung dieser Konzeption werden im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel und Stellen umgesetzt und haben keinen den Haushalt präjudizierenden Charakter.

2. Rahmenbedingungen für die Integrationsförderung

2.1 Europäische Einwanderungspolitik sowie Rahmenbedingungen des Bundes

Die Integrationspolitik der Europäischen Union ist gekennzeichnet durch eine zunehmende Verknüpfung von Zuwanderungs-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik und eine entsprechende Ausrichtung der förderpolitischen Ziele. Für den Zeitraum von 2007 bis 2013 zählen hierzu unter anderem die Felder Wachstum und Beschäftigung, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt sowie die Entwicklung einer europäischen Bürgerschaft. Die Integrationsanstrengungen der Mitgliedstaaten werden in diesen Bereichen mit einer Reihe von Finanzierungsinstrumenten unterstützt.

Aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) wird in der EU-Förderperiode von 2007 bis 2013 durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) das nationale ESF-Programm „Qualifikation und Weiterbildung für Personen mit Migrationshintergrund durch berufsbezogene Maßnahmen“ durchgeführt.

Neu innerhalb des Generellen Programms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“ wurde durch den Rat der Europäischen Union die Einrichtung eines Fonds zur Integration von Drittstaatsangehörigen (Europäischer Integrationsfonds – EIF) für den Zeitraum 2007 bis 2013 beschlossen. Kernanliegen dieses Finanzierungsinstruments ist es, Drittstaatsangehörigen mit verschiedenen kulturellen, religiösen, sprachlichen und ethnischen Hintergründen aktiv in allen Bereichen der europäischen Gesellschaften teilhaben zu lassen. Mit dem Schwerpunkt auf Partizipation soll der EIF die bestehenden Instrumente ESF für

Beschäftigung und den Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) für den Flüchtlingsbereich ergänzen.

Die integrationsrechtlichen Rahmenbedingungen des Bundes haben sich seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz - ZuwG) vom 30. Juli 2004 (BGBl. I S. 1950) am 1. Januar 2005 weiter verändert. In diesen Kontext gehört auch, dass die Integrationspolitik nicht mehr schwerpunktmäßig auf den Rechtsstatus von Migrantinnen und Migranten, sondern auch auf die Notwendigkeit von Integrationsmaßnahmen abstellt.

Mit dem Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union vom 19. August 2007 - Richtlinienumsetzungsgesetz (BGBl. I S. 1970) wurden integrationsrelevante Neuregelungen beschlossen. Dazu zählen unter anderem die Aufnahme einer Verpflichtung der Länder in § 45 Aufenthaltsgesetz, ergänzende Integrationsmaßnahmen vorzuhalten, die Neuregelung des Familiennachzugs, bundeseinheitlich durchgeführte Einbürgerungsverfahren und die Einführung einer gesetzlichen Altfallregelung für langjährig Geduldete.

Des Weiteren wurden den Integrationskurs betreffende Änderungen vorgenommen. Nunmehr können auch deutsche Staatsangehörige im Rahmen freier Kursplätze zu einem Integrationskurs zugelassen werden, sofern sie nicht über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen und in besonderer Weise integrationsbedürftig sind.

In diesem Zuge wurde die Verordnung über die Durchführung von Integrationskursen für Ausländer und Spätaussiedler (Integrationskursverordnung - IntV) vom 13. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3370), geändert durch die Verordnung vom 5. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2787), neu gefasst. Der Integrationskurs als gesetzliches Grundangebot zur Integration umfasst einen Basis- und einen Aufbausprachkurs von jeweils 300 Stunden zur Erlangung von Sprachkenntnissen sowie einen Orientierungskurs zur Vermittlung von Kenntnissen der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte in Deutschland. Neu ist unter anderem die Möglichkeit, den Aufbausprachkurs zu wiederholen, wenn in der Sprachprüfung das Niveau B1⁶ nicht erreicht wurde. Daneben wurde die Stundenzahl in spezifischen Integrationskursen von 600 auf bis zu 900 Unterrichtsstunden Sprachkurs erhöht. Die Zahl der Unterrichtsstunden im Orientierungskurs wurde von bisher 30 auf 45 angehoben.

Das zum 1. Januar 2009 in Kraft getretene Gesetz zur arbeitsmarkadäquaten Steuerung der Zuwanderung Hochqualifizierter und zur Änderung weiterer aufenthaltsrechtlicher Regelungen

5 Vergleiche Zuwanderung und Integration gestalten – Zukunft gewinnen, Deutscher Caritasverband e. V., 2004

6 Der Europäische Referenzrahmen teilt alle aufgelisteten europäischen Sprachtests in sechs Schwierigkeitsstufen ein: Niveaustufe A – Elementare Sprachverwendung (A1 und A2); B – Selbständige Sprachverwendung (B1 und B2); C – Kompetente Sprachverwendung (C1 und C2).

gen (Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz) vom 20. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2846) enthält neue Regelungen zur Zuwanderung hochqualifizierter Fachkräfte, unter anderem die Absenkung der Einkommensgrenze für Hochqualifizierte, die sofort einen Anspruch auf einen dauerhaften Aufenthalt erhalten, sowie der Mindestinvestitionssumme für Existenzgründer, Erleichterungen für Akademiker aus Drittstaaten und deren Familienangehörige sowie die Erhöhung der Beschäftigungszeit für Saisonkräfte von vier auf sechs Monate. Des Weiteren wurde ein neuer Aufenthaltstitel eingeführt, der Geduldeten einen sicheren Aufenthalt verschafft, wenn sie in Deutschland eine qualifizierte Berufsausbildung abgeschlossen haben und über eine verbindliche Einstellungszusage oder ein entsprechendes Arbeitsverhältnis verfügen. Um jedoch die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für alle Personen mit im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen und Berufsabschlüssen durch Sicherstellung einer bundesweit möglichst einheitlichen und transparenten Anerkennungs- und Bewertungspraxis nachhaltig zu erhöhen, gibt es im Rahmen der Gesetzgebungskompetenzen von Bund und Ländern noch erheblichen Regelungsbedarf⁷.

In der Integrationsförderung engagiert sich der Bund vor allem im Bereich der Erstintegration. Seine wichtigste Fördermaßnahme ist der Integrationskurs.

Gemäß § 45 Aufenthaltsgesetz „soll“ der „Integrationskurs durch weitere Integrationsangebote des Bundes und der Länder, insbesondere sozialpädagogische und migrationspezifische Beratungsangebote, ergänzt werden.“

Mit der Migrationsberatung (MBE) stellt der Bund ein bedarfsorientiertes, individuelles Grundberatungsangebot für erwachsene Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer ab 27 Jahren zur Verfügung. Grundsätzlich ist die Inanspruchnahme dieses Angebots auf drei Jahre begrenzt, jedoch steht die MBE auch bereits länger in Deutschland lebenden erwachsenen Zugewanderten offen, die einen einem Neuzuwanderer / einer Neuzuwanderin vergleichbaren Integrationsbedarf aufweisen. Für jugendliche Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer bis zum 27. Lebensjahr sowie auch für junge Menschen mit Migrationshintergrund, die schon länger in Deutschland leben, finanziert der Bund das Angebot der Jugendmigrationsdienste (JMD). Zu den Schwerpunktaufgaben der MBE und der JMD zählen die Einzelfallberatung der jeweiligen Zielgruppe auf der Grundlage eines professionellen Case-Management-Verfahrens sowie die sozialpädagogische Begleitung.

Die Zuweisung von Bundesmitteln für Stellen der migrationspezifischen Beratung und sozialpädagogischen Integrations-

begleitung sowie für sogenannte gemeinwesenorientierte Projekte in den Bundesländern erfolgt nach einem Schlüssel, der auf den jeweiligen Zuwandererzahlen basiert.

2.2 Zuwandererstruktur und Rahmenbedingungen in Mecklenburg-Vorpommern

Ähnlich wie in anderen ostdeutschen Bundesländern ist die Zuwandererstruktur in Mecklenburg-Vorpommern historisch geprägt durch einen hohen Anteil von Migrantinnen und Migranten, die sich in erster Generation im Land aufhalten.

Die Erfahrungen der einheimischen Bevölkerung mit Zuwanderung und Integration sowie die interkulturelle Sensibilität sind in weiten Teilen des Landes eher gering entwickelt. Neben der strukturellen Schwäche des Arbeitsmarktes ist zum Teil Unkenntnis sowohl im Umgang mit dem Thema Migration als auch mit den Menschen mit Migrationshintergrund verbreitet. Hohe Arbeitslosigkeit, offene und verdeckte Vorbehalte erschweren die Integration.

Der Ausländeranteil in Mecklenburg-Vorpommern beträgt 1,8 %. Im Land leben 29.715 Ausländerinnen und Ausländer, darunter 13.409 Frauen und 16.306 Männer.⁸

Davon stammen 18.858 aus Europa.

Die Hauptherkunftsländer sind⁹:

Polen	3.890
Russische Föderation	3.102
Ukraine	2.503
Vietnam	2.393
Türkei	1.412
Armenien	867
Irak	835

Seit 1990 wurden in Mecklenburg-Vorpommern circa 41.000 Personen im Spätaussiedlerverfahren aufgenommen. Nach erfolgter Einreise werden Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, da sie Deutsche nach Artikel 116 des Grundgesetzes sind, im Land statistisch nicht gesondert erfasst¹⁰. Ihre miteinreisenden nichtdeutschen Familienangehörigen werden statistisch als Ausländerinnen / Ausländer behandelt.

Durch den geregelten Zuzug von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern, jüdischen Zuwanderinnen und Zuwanderern

7 Vergleiche Eckpunkte der Bundesregierung zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen und Berufsabschlüssen vom 9. Dezember 2009

8 Stand: 31.12.2009, Quelle: Statistisches Amt im Landesamt für Innere Verwaltung.

9 Stand: 31.12.2009, Quelle: Statistisches Amt im Landesamt für Innere Verwaltung.

10 Dies trifft auch zu auf Eingebürgerte mit Migrationshintergrund, Kinder aus binationalen Ehen und Kinder ausländischer Eltern, die nach dem Staatsangehörigkeitsrecht die doppelte Staatsbürgerschaft besitzen.

und ihren Familienangehörigen nimmt Mecklenburg-Vorpommern Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer auf. Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und ihre Familienangehörigen werden nach einem vom Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern festgelegten Verteilungsschlüssel auf alle Landkreise und kreisfreie Städte des Landes verteilt.

Jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer werden gemäß § 6 Absatz 2 der Landesverordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Zuwanderung und zur Durchführung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (Zuwanderungszuständigkeitsverordnung - ZuwFIAGDLVO M-V) vom 10. Februar 2005 (GVOBl. M-V S. 68), geändert durch die Verordnung vom 25. November 2008 (GVOBl. M-V S. 451), nur den Städten Rostock, Schwerin und Wismar nach einem landesinternen Verteilerschlüssel zugewiesen. Im Jahr 2009 betrug die Aufnahmequote für Rostock 58,72 %, für Schwerin 28,09 % und für Wismar 13,19 %.

Aufgrund der neuen Zugangsvoraussetzungen seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes ist eine deutliche Reduzierung der Neuzuwanderung sowohl bei Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern wie bei den jüdischen Zugewanderten eingetreten. Eine Zunahme der Zuwanderung ist hingegen im Rahmen der EU-Freizügigkeit, vor allem aus den neuen EU-Ländern, sowie seit 2008 mit leicht steigender Tendenz im Flüchtlingsbereich zu beobachten.

Sowohl die Gruppe der neu zugewanderten Personen als auch die der bereits länger hier lebenden Migrantinnen und Migranten ist in sich sehr heterogen, bedingt durch unterschiedliche Einreisemotive (EU-Freizügigkeit, Familiennachzug, Spätaussiedlung, Studium, Arbeitssuche, Flucht), Aufenthaltsstatus, erworbene Bildungs- und Qualifikationsprofile, Herkunftsländer und Kulturen.

Um die Förderung der Integration der im Land lebenden Migrantinnen und Migranten zielgerichtet zu gestalten, bedarf es einer sehr engen Zusammenarbeit mit allen staatlichen Institutionen und Verwaltungsbereichen sowie mit der Zivilgesellschaft. Hierzu ist die Kooperation des Landes mit dem Bund und den anderen Ländern ebenso unerlässlich wie das Zusammenwirken mit den Kommunen und den nichtstaatlichen Organisationen.

Auf der Bundesebene sind mit dem Integrationsgipfel und dem Nationalen Integrationsplan Impulse gesetzt worden.

Im Zuge der Umsetzung des Nationalen Integrationsplans und zur Erörterung aktueller integrationspolitischer Fragen haben die für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren der Länder 2007 vereinbart regelmäßig zusammenzukommen. Sie haben ihre Zusammenarbeit weiter ausgebaut, um den Austausch über Programme und Maßnahmen der Integrationspolitik fortzusetzen und um dort, wo es sinnvoll und möglich ist, gemeinsame Strategien zu entwickeln.

Auf der Landesebene sind für die Integrationsförderung alle Ressorts der Landesregierung zuständig, wobei dem Ministerium für Soziales und Gesundheit die Federführung übertragen worden ist.

Unter dieser Federführung und auf der Basis der bislang geltenden Integrationskonzeption (LT-Drs. 4/2282) wurden geeignete Formen der Zusammenarbeit mit den maßgeblichen Akteuren der Integrationsarbeit entwickelt, die Integrationsförderung gemäß den inhaltlichen Schwerpunkten der Konzeption neu ausgerichtet und die Schlüsselbereiche der Integration fokussiert.

Im März 2007 hat das Ministerium für Soziales und Gesundheit einen Landesintegrationsbeirat eingerichtet, mit dem staatliche und nichtstaatliche Akteure kontinuierlich in die Integrationsarbeit auf Landesebene einbezogen werden. Das Gremium ermöglicht die Abstimmung grundsätzlicher Fragen von integrationspolitischer Bedeutung, sorgt für gegenseitige Information und Transparenz und legitimiert integrationsrelevante Entscheidungen durch breite Beteiligung in deren Vorfeld. Gemeinsame Beschlüsse werden in der Integrationsarbeit des Landes berücksichtigt. Den Vorsitz hat die Ministerin für Soziales und Gesundheit inne, die Geschäftsführung liegt beim zuständigen Fachreferat.

Für die Bereiche der Integration von Kindern und Jugendlichen in Kindertageseinrichtungen, Schule und am Übergang Schule – Beruf sowie für die berufliche Integration sind Arbeitsgruppen des Beirates eingerichtet worden, die die Umsetzung und Fortschreibung der Konzeption durch regelmäßige Arbeitskontakte mit Fachbereichen und Akteuren vor Ort begleiten. Die Arbeitsgruppen informieren den Beirat über aktuelle Entwicklungen und geben integrationspolitische Empfehlungen ab.

Die vier Arbeitsgruppen „Kita“, „Schule“, „Übergang Schule - Beruf“ sowie „Berufliche Integration“ haben integrationsrelevante bundes- und landesrechtliche Vorgaben einschließlich der Förderprogramme und Richtlinien mit Blick auf die spezifische Situation von Migrantinnen und Migranten und die Aufnahmegesellschaft untersucht und in ihren Auswirkungen analysiert. Dabei sind Impulse aus der wissenschaftlichen Arbeit sowie Ansätze aus der Praxis in Empfehlungen für die Fortschreibung der vorliegenden Konzeption eingeflossen.

Im Mai 2009 wurde darüber hinaus ein landesweites Netzwerk der Migrantenorganisationen und -vereine in Mecklenburg-Vorpommern ins Leben gerufen, das die Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten und Bildung von legitimierten Interessenvertretungen vorantreiben will.

Mit dem Landesbeirat, den Arbeitsgruppen, den regelmäßigen Zusammenkünften mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen im Rahmen der Konferenzen der kommunalen Ausländerbeauftragten (KKAB) und dem im Mai 2009 gegründeten landesweiten Netzwerk der Migrantenselbstorganisationen MI-

GRANET-MV sind in der Zusammenarbeit mit relevanten Integrationsakteuren auf Landesebene feste Strukturen entstanden.

Auf kommunaler Ebene wird Integrationsförderung von allen Bereichen der Verwaltung in unterschiedlichem Maße mitverantwortet. Angesichts der ausgeprägten Querschnittsorientierung und der Bedeutung des kommunalen Integrationsmanagements wurde von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) die Einrichtung einer besonderen Organisationseinheit „auf der ersten Führungsebene“ der Verwaltung empfohlen.¹¹

In Rostock und Schwerin wurden eigene Verwaltungsstrukturen für diesen Aufgabenbereich eingerichtet. In neun weiteren kreisfreien Städten beziehungsweise Landkreisen sind Integrations- beziehungsweise Ausländerbeauftragte tätig, die - innerhalb und außerhalb der Verwaltung - entweder auf Teilzeitbasis tätig sind beziehungsweise weitere hauptamtliche Funktionen wahrnehmen. In zwei Landkreisen sind Beauftragte ehrenamtlich tätig, ein Beauftragter wurde vom Kreistag bestellt. Vier Landkreise haben keinen Beauftragten.

Die Ämter der kommunalen Integrations- beziehungsweise Ausländerbeauftragten tragen wesentlich dazu bei, den Integrationsprozess im Lebensumfeld der Zuwanderinnen und Zuwanderer auf kommunaler Ebene zu moderieren und zu steuern. In einigen kreisfreien Städten, wie zum Beispiel in Rostock und in Schwerin, existieren konzeptionell untersetzte Integrationsangebote. In vielen Kommunen und Regionen haben sich Netzwerke herausgebildet, in denen sich Träger der Integrationsarbeit, darunter zunehmend auch Migrantenvereine, der Aufgabe stellen, Maßnahmen der Integrationsförderung gemeinsam zu entwickeln und abzustimmen. Schwierig ist die Entwicklung spezieller Angebote für Migrantinnen und Migranten in Landkreisen mit geringen Zuwandererzahlen, wo stabile Integrationsstrukturen fehlen.

Die meisten der im Land bestehenden Integrationsangebote für Migrantinnen und Migranten sind mit Geldern von Bund, Land, Kommunen und Trägern entwickelt worden.

Die bundesseitigen Integrationskurse sind bei Bedarf als zielgruppenspezifische Kurse, zum Beispiel für Frauen und Mütter beziehungsweise Jugendliche, zu ermöglichen. Im Land gibt es in allen Landkreisen und kreisfreien Städten zugelassene Sprachkursträger. In Rostock haben sich Kursträger zu einer Trägergemeinschaft zusammengeschlossen und bieten ihre Kurse gemeinsam an.

Angesichts geringer Zuweisungszahlen von teilnahmeberechtigten Zuwanderinnen und Zuwanderern im Kontext landesrechtlicher Vorgaben einer gleichmäßigen Verteilung auf die Landkreise und kreisfreien Städte ist die Realisierung zeitnaher Kurse und die Bereitstellung ausreichend differenzierter Kursangebote in Mecklenburg-Vorpommern nach wie vor schwierig. So ist es kaum möglich, die Integrationskurse differenziert nach Sprachstand und beruflicher Qualifikation beziehungsweise altersgruppengerecht anzubieten. Vereinzelt werden Alphabetisierungskurse angeboten. Ein Kursträger in Schwerin bietet spezielle Integrationskurse für Gehörgeschädigte an, die auch Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmern aus anderen Ländern zugänglich sind.

Der Bund stellt darüber hinaus ein Grundangebot der migrationspezifischen Beratung (MBE) für erwachsene Migrantinnen und Migranten zur Verfügung, das durch die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege geleistet wird. Im Jahr 2009 wurden vom Bund 9,7 Migrationsberaterstellen im Land finanziert. Zugleich werden für die Begleitung der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Mecklenburg-Vorpommern neun Jugendmigrationsdienste (JMD) mit 11,5 hauptamtlichen Beraterstellen durch den Bund finanziert. Ein landesweit einheitliches und flächendeckendes Netz dieser Angebote für erwachsene und jugendliche Migrantinnen und Migranten kann damit nicht realisiert werden.

Die Landesregierung fördert ergänzende integrationsbegleitende Angebote, die alle Phasen der Integration sowie die interkulturelle Sensibilisierung der einheimischen Gesellschaft berücksichtigen.

Auf der Basis der Konzeption zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten aus dem Jahr 2006 wurde die Förderung von Integrationsmaßnahmen neu strukturiert und mit der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Projektförderung¹² mit entsprechenden Förderkriterien untersetzt. Demnach werden die folgenden drei Förderschwerpunkte berücksichtigt:

- die Stärkung der migrationspezifischen Beratung in allen Integrationsphasen,
- die Verbesserung der sprachlichen und beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten,
- die Stärkung der Partizipation der Migrantinnen und Migranten.

Die Migrationsberatung ist eine Leistung, die gemäß § 45 Aufenthaltsgesetz von Bund und Ländern erbracht werden soll. Das Land ergänzt die bestehenden Angebote des Bundes und

11 Vergleiche Management kommunaler Integrationspolitik: Strategie und Organisation, Bericht 7/2005 der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt)

12 Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Projektförderung für die Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern, Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Soziales und Gesundheit vom 2. August 2007

fördert weiterführende migrationspezifische Beratung in den Regionen Westmecklenburg, Mittleres Mecklenburg / Mecklenburgische Seenplatte und Vorpommern (siehe hierzu auch Kapitel 3.2.2).

Ziel war es, im Land den Einsatz von Bundes- und Landesmitteln so aufeinander abzustimmen, dass zentrale Angebote der Migrationsberatung gewährleistet sind und deren kreisübergreifende Tätigkeit durch Außenstellen und mobile Beratung ermöglicht beziehungsweise gestärkt wird. Unter Einbeziehung der Träger der Beratungsleistungen, der Landkreise und kreisfreien Städte wurden die ergänzenden Migrationsberatungsangebote regional abgestimmt und enger vernetzt. Mit Blick auf die regionalen Unterschiede und Bedarfe im Land stand die Stärkung der Zusammenarbeit innerhalb von bestehenden Netzwerken der Integration unter Einbeziehung der öffentlichen Verwaltung sowie die Öffnung der bestehenden Angebotsstruktur sozialer Dienste in konzeptioneller, struktureller und personeller Hinsicht für einen erfolgreichen Integrationsprozess insgesamt im Vordergrund.

Zur Verbesserung der sprachlichen und beruflichen Integration fördert das Land drei Integrationsfachdienste Migration (IFDM) in den Regionen Westmecklenburg, Mittleres Mecklenburg und Nordvorpommern und Mecklenburgische Seenplatte / Vorpommern. Bei einem IFDM wird seit 2009 im Rahmen des Bundesprogramms zur Arbeitsmarktlichen Unterstützung von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen auch diese besondere Zielgruppe im Land unterstützt (siehe hierzu auch Kapitel 3.2.6).

Die aktive Partizipation von Migrantinnen und Migranten wird landesseitig mit der Kofinanzierung des Projekts „Vernetzung der Migrantenselbstorganisationen in Mecklenburg-Vorpommern“ unterstützt (siehe hierzu auch Kapitel 3.2.1).

Die Lebenssituation von Asylsuchenden und geduldeten Flüchtlingen ist häufig durch komplexe Problemlagen geprägt. Durch Nutzung von Mitteln des Europäischen Flüchtlingsfonds konnte in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes in Nostorf / Horst eine Erstberatung für neu ankommende Flüchtlinge geschaffen werden und in der Region Mecklenburgische Seenplatte / Stettiner Haff ein Beratungsangebot mit mobiler Flüchtlingshilfe. Ebenfalls mit Hilfe von Mitteln aus dem EFF und unterstützt durch Landesmittel wird am Standort Greifswald ein Angebot der psychosozialen Beratung und Begleitung realisiert, das zu einem großen Teil von Flüchtlingen in Anspruch genommen wird (siehe hierzu auch Kapitel 3.2.9).

3. Schwerpunkte der Integration

3.1 Allgemeine Ziele und Aufgaben

Zielstellungen

Zu den zentralen integrationspolitischen Zielstellungen im Land zählen:

- die Erhöhung der Attraktivität von Mecklenburg-Vorpommern als Zuwanderungsland vor dem Hintergrund des demografischen Wandels,
- die Schaffung von Rahmenbedingungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in allen Lebensbereichen und deren aktive Partizipation am gesellschaftlichen Leben,
- die Förderung von interkultureller Kompetenz von Bürgerinnen und Bürgern des Landes, insbesondere von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes,
- die Förderung des gegenseitigen Verständnisses zwischen Menschen unterschiedlicher kultureller und religiöser Prägung und Zugehörigkeit.

Maßnahmen

Um die vielfältigen Aspekte der Integration von Migrantinnen und Migranten in allen Lebensbereichen sowie ihrer aktiven Partizipation am gesellschaftlichen Leben berücksichtigen zu können, soll die gemeinsame Abstimmung der Förderung und Entwicklung der Integrationsarbeit mit verschiedenen Partnern im Rahmen der bestehenden Gremien weitergeführt werden. Mit dem Landesintegrationsbeirat, den Arbeitsgruppen, der Konferenz der kommunalen Ausländerbeauftragten (KKAB) und dem im Mai 2009 gegründeten Netzwerk der Migrantenselbstorganisationen „MIGRANET-MV“ werden die sich verändernden Rahmenbedingungen analysiert und Empfehlungen zur zukünftigen Integrationsarbeit entwickelt. Dieser Prozess wird kontinuierlich fortgesetzt, wobei darauf zu achten sein wird, dass eine angemessene Befassung mit jeweils aktuellen Schwerpunkten, beispielsweise aufgrund des vermehrten Zugangs neuer Zuwanderergruppen, auch jederzeit möglich sein muss. Dies beinhaltet z. B. auch die Einrichtung weiterer themenspezifischer temporärer Arbeitsgruppen.

Die in der Migrationsarbeit entstandenen Strukturen im Land müssen gefestigt und weiter entwickelt werden (siehe Kapitel 2.2). Ebenso müssen Informationen über diese Strukturen und zu grundlegenden Integrationsmaßnahmen im Land noch stärker bekannt gemacht werden. Das Ministerium für Soziales und Gesundheit wird mit der Aktualisierung seiner Webseite zum Thema Integration von Migrantinnen und Migranten einen Beitrag zur Verbesserung des Zugangs zu diesen Informationen leisten.

Bei der Anpassung der Integrationsförderung an aktuelle Schwerpunkte wird weiterhin darauf zu achten sein, dass die Kommunen und Regionen des Landes beteiligt werden und dass Synergien mit der Bundesförderung und die Möglichkeiten der EU-Strukturfonds, insbesondere des Europäischen Integrationsfonds, genutzt werden.

Die Erfahrungen und vor Ort entstandenen Strukturen müssen in der Integrationsarbeit des Landes und des Bundes berücksichtigt werden. Vor dem Hintergrund der anstehenden Landkreisneuordnung ist in den neuen Gebietskörperschaften die Organisation, Gestaltung und Koordinierung der Integrationsförderung von Migrantinnen und Migranten sowie die Umsetzung der Landesintegrationskonzeption nahtlos fortzusetzen. Hierzu ist ein Übergangsrahmen vorzusehen, damit die stetige Umsetzung der gemeinsamen Aufgabe im Zuge der kommunalen Neuorganisation gewährleistet werden kann.

Die Landesregierung strebt an, die Messbarkeit der Integrationsarbeit des Landes zu erhöhen und setzt sich für die Entwicklung von Integrationsindikatoren im Land und in den Kommunen ein. Sie unterstützt die länderübergreifenden Anstrengungen der für Integrationsfragen zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren, ein verbessertes Integrationsmonitoring zu erreichen. In diesem Zuge beteiligt sich Mecklenburg-Vorpommern an der Arbeit einer im Juni 2008 eingerichteten länderoffenen Arbeitsgruppe der Integrationsministerkonferenz (IntMK) unter Leitung der Länder Berlin und Nordrhein-Westfalen, deren Auftrag darin besteht, in Abstimmung mit dem Bund eine einheitliche Definition des Merkmals Migrationshintergrund zu erarbeiten, notwendige Statistikänderungen zu benennen sowie Integrationsindikatoren abzustimmen.

Bezogen auf die nachfolgenden Handlungsfelder ist festzustellen, dass der Stand der erreichten Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere der der sozialen, kulturellen und identifikatorischen Integration, nicht im Sinne einer objektiven Messung abgebildet werden kann. Dies liegt zum einen an der eher schwierigen Datenlage vor allem im Bereich der sozialräumlichen Integration, der interkulturellen Öffnung und der gleichberechtigten Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund auf der Länderebene¹³, aber auch daran, dass geeignete Instrumente der kontinuierlichen und sachgerechten Evaluation der Integrationsarbeit noch nicht in ausreichendem Maße entwickelt werden konnten.

Am 19. März 2010 hat die 5. Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK) Kennzahlen und Integrationsindikatoren für die Bereiche frühkindliche Bildung und Sprachförderung, Schule und Ausbildung, Arbeit und Einkommen, Gesundheit, Wohnen sowie Kriminalität, Gewalt und Diskrimi-

nierung verabschiedet. Diese sind 2009 einem Praxistest unterzogen worden. Bei Daten aus dem Mikrozensus hat es sich wegen der geringen Fallzahlen als notwendig erwiesen, die neuen Länder zusammen zu erfassen.

Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für die Nutzung und Anwendung der Indikatoren und Kennzahlen nach länderübergreifend einheitlichen Standards sowie für deren Weiterentwicklung ein. Ab dem Jahr 2010 beteiligt sich das Land am gemeinsamen länderübergreifenden Integrationsmonitoring der Länder und erarbeitet eigene Evaluationsinstrumente.

Schwerpunktaufgaben sind die Bereiche der frühkindlichen Bildung, Schule, Ausbildung und Beruf. Hier sind weiterhin beratende und begleitende Integrationsangebote erforderlich, die Migrantinnen und Migranten projektübergreifend in ihrer Integration unterstützen, Zugänge schaffen beziehungsweise erleichtern und andererseits zu einer stärkeren Öffnung von Institutionen und Einrichtungen für die spezifischen Belange der Zielgruppe beitragen.

Ebenso ist die Stärkung der aktiven politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten am gesellschaftlichen Leben ein wichtiges Anliegen der Landesregierung. Die Einbeziehung von Migrantenvertretungen im Rahmen der Arbeit des Landesbeirates, der Arbeitsgruppen und der KKAB hat sich bewährt und wird fortgesetzt. Weitere Möglichkeiten der Einbeziehung geeigneter Migrantenvertreterinnen und -vertreter in Arbeitsgremien und Beiräten auf Landesebene, zum Beispiel im Bereich der Familienpolitik, sind zu erschließen und zu nutzen.

Mecklenburg-Vorpommern soll für zugewanderte Familien attraktiver werden. Mit Blick auf den demografischen Wandel müssen Migrantinnen und Migranten stärker darin unterstützt werden, ihre Potenziale in vollem Umfang einbringen zu können. Die öffentlichen Einrichtungen sollen noch besser darauf vorbereitet werden, Zugewanderte hierbei zu unterstützen. Im Rahmen der Landesförderung der Integration und Partizipation von Migrantinnen und Migranten soll konsequent auf die Umsetzung dieses Anliegens geachtet werden. Das Ministerium für Soziales und Gesundheit wird die Förderung der drei Schwerpunkte der Integration (Migrationsberatung, sprachliche und berufliche Integration und aktive Partizipation von Migrantinnen und Migranten) in diesem Sinne fortsetzen und ausgestalten (siehe hierzu Kapitel 2.2). Verstärkt in den Blick zu nehmen ist die besondere Situation von Migrantinnen und Migranten, die sich außerhalb von Schule und Arbeitsmarkt befinden. Soweit die Integration in den Arbeitsmarkt aufgrund der individuellen Situation oder besonderer familiärer Umstände zeitweise oder längerfristig nicht gelingt beziehungsweise ausgeschlossen ist, sind Anstrengungen erforderlich, diese Menschen zum Beispiel durch aktivierende Angebote im sozialen Nahraum zu unterstützen.

¹³ Vergleiche 3. Bericht der länderoffenen Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ der Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren (IntMK), Berlin, Februar 2010

Vielen Aufgaben zum Beispiel in den Bereichen des Gesundheitswesens, der Seniorenarbeit und der Altenhilfe liegt auch der Ansatz einer Selbstverpflichtung als Basis einer verbesserten Integration zugrunde. Hier wird insbesondere die Bedeutung der Stärkung der interkulturellen Kompetenz und der Zusammenarbeit mit Migrant*innenorganisationen und Vernetzung mit integrationsfördernden Initiativen hervorgehoben.

3.2 Felder der Integrationsförderung – Situation, Ziele und Aufgaben

3.2.1 Aktive Partizipation und gesellschaftliches Engagement von Migrant*innen und Migranten

Situation

Migrant*inselforganisationen (MSO) sind wichtige Akteure der Integrationsarbeit, der Partizipation und des gesellschaftlichen Engagements vor Ort.

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es 38 Migrant*inselforganisationen (eingetragene Vereine, Initiativen, Interessenvertretungen, Landsmannschaften, religiöse Gemeinden und einen Migrantenrat). Die meisten MSO haben ihren Sitz in Rostock (14) und in Schwerin (12). Daneben gibt es MSO im Landkreis Ludwigslust (1), im Landkreis Güstrow (2), im Landkreis Bad Döberan (1), in der Stadt Neubrandenburg (1), in der Hansestadt Stralsund (1), in der Hansestadt Greifswald (2), im Landkreis Nordvorpommern (2), im Landkreis Ostvorpommern (1) und im Landkreis Uecker-Randow (1).

Die MSO sind heterogen bezüglich ihres Organisationsgrades, ihrer Einbindung in Netzwerke, ihrer Mitgliedschaftsstruktur, ihrer Ziele und Interessen. Durch Vernetzung kann ein tragfähiges organisatorisches Fundament für die Partizipation und das gesellschaftliche Engagement von Migrant*innen und Migranten im Land geschaffen werden.

Am 22. Mai 2009 haben Vertreter*innen und Vertreter aus 30 MSO aus verschiedenen Kreisen und kreisfreien Städten des Landes das landesweite Netzwerk „MIGRANET-MV“ gegründet. Das Projekt „Vernetzung der Migrant*inselforganisationen in Mecklenburg-Vorpommern“ wird aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds und durch eine Kofinanzierung des Landes unterstützt.

In diesem Netzwerk sind auch sechs religiöse Gemeinden (die jüdischen Gemeinden in Rostock und Schwerin / Wismar, die islamischen Gemeinden in Rostock und Schwerin, die katholische Gemeinde in Pasewalk und die russisch-orthodoxe Kirchengemeinde in Rostock) vertreten, die circa 1.920 Gemeindeglieder repräsentieren. Neben dem Migrantenrat der Hansestadt Rostock, dem zur Zeit einzigen Migrantenrat landesweit, der die legitimierte Vertretung in der Hansestadt Rostock leben-

den Migrant*innen und Migranten ist, beteiligen sich am Netzwerk auch Organisationen wie „Jugendliche ohne Grenzen“ Greifswald und der „Jugendbund Deutscher Regenbogen“, die gleichzeitig auch bundesweiten Netzwerken angehören. Beide haben Migranten in ihrer Organisation und führen Migrationsprojekte durch.

Über 70 % der Vereine, die MIGRANET-MV angehören, haben neben Ausländer*innen und Ausländern, Eingebürgerten, Aussiedler*innen und Aussiedlern auch einheimische Deutsche als Mitglieder. Die meisten MSO sind demnach offen für die Zusammenarbeit mit Einheimischen bei der Durchführung ihrer Projekte und Aktivitäten und der Realisierung der Vereinsziele. MIGRANET-MV ist seit 2009 Mitglied im Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat, dem ehemaligen Bundesausländerbeirat, und vertritt die Migrant*innen und Migranten des Landes in diesem Gremium.

Mit der Gründung von MIGRANET-MV wurde ein sehr wichtiger Schritt zur Förderung der Partizipation und des gesellschaftlichen Engagements der Migrant*innen und Migranten in Mecklenburg Vorpommern getan. Vertreter*innen und Vertreter des Netzwerkes arbeiten im Landesintegrationsrat und in den Arbeitsgruppen des Beirats „Kita“, „Schule“, „Übergang Schule - Beruf“ und „Berufliche Integration“ mit. Darüber hinaus nimmt ein Vertreter von MIGRANET-MV an den Beratungen der Konferenz der kommunalen Integrations- und Ausländerbeauftragten (KKAB) teil.

Etwa ein Drittel der Vereine verfügt über mehr als zehn Jahre Erfahrung in der interkulturellen Arbeit und hat bereits verschiedene kulturelle und antirassistische Projekte auf kommunaler Ebene durchgeführt. Im Jahr 2009 haben die MSO, die sich an MIGRANET-MV beteiligen, 52 Projekte durchgeführt; 2010 waren es 46 Projekte. Im Mittelpunkt stehen die berufliche Integration, Deutschkurse, die interkulturelle Arbeit und Bildungsprojekte. Vereinzelt werden Entwicklungsprojekte im Ausland initiiert. Fünf MSO führen spezifische Projekte für Frauen durch. Insgesamt verfügt MIGRANET-MV damit über vielfältige Potenziale und Kompetenzen, die in vielen Bereichen eingebracht werden können.

Integration soll auch über politische Beteiligung gelingen. Viele Migrant*innen und Migranten leben schon seit mehreren Jahren in den Städten des Landes und engagieren sich gesellschaftlich vor Ort. MIGRANET-MV unterstützt die bundesweite Kampagne zur Einführung des Kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige. Die Bürgerschaften der Hansestädte Wismar und Rostock haben 2009 entsprechende Beschlüsse zur Unterstützung dieses Anliegens verabschiedet. Daneben unterstützt MIGRANET-MV Initiativen, die darauf abzielen, die Möglichkeiten zur Hinnahme von Doppel- oder Mehrstaatigkeit dort zu erweitern, wo diese aus integrationspolitischen Erwägungen angezeigt ist.

Auf Landesebene wird die Partizipation und die konkrete Zusammenarbeit mit Migrant*innenorganisationen und Einzel-

vertretern unter anderem auch im Aufgabenspektrum der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) berücksichtigt. Fördermaßnahmen, die sich mit dem Thema Integration befassen und in denen häufig auch Migrantinnen und Migranten tätig sind, werden im Rahmen der politischen Bildung unterstützt.

In den Jahren von 2007 bis 2010 wurde im Rahmen der bundesweiten „Interkulturellen Woche“ jeweils eine Fachtagung durch die Landeszentrale für politische Bildung anteilig mitfinanziert. Diese Maßnahmen erfolgten in enger Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und dem Ministerium für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern. Gleichberechtigt nahmen an diesen Veranstaltungen auch Migrantinnenvereinigungen, -beiräte und -vertretungen aus den Kommunen und nichtstaatlichen Institutionen teil.

Einen Schwerpunkt bildet die Förderung der gesellschaftspolitischen Integration ausländischer Jugendlicher. Hierbei spielt die bisherige Zusammenarbeit der LpB mit den drei Integrationsfachdiensten Migration (IFDM) und den Jugendmigrationsdiensten, die in den Städten und Kreisen des Landes als „Netzwerkträger“ fungieren, eine wichtige Rolle. Darüber hinaus steht die LpB mit gemeinnützigen Bildungsträgern in engem Kontakt. Gemeinsam mit dem Verband der Volkshochschulen Mecklenburg-Vorpommern wird die Umsetzung bundespolitischer Integrationsmaßnahmen (Integrations- und Sprachkurse) an einzelnen Volkshochschulen vorbereitet und gefördert.

Auch im Rahmen des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut - Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ wurden Mittel für interkulturelle und antirassistische Bildungsarbeit eingesetzt, im Jahr 2008 waren es 30 % der auf das Land entfallenden Fördermittel. Etwa 10 % der in den Maßnahmen der Lokalen Aktionspläne erreichten Personen waren Migrantinnen und Migranten.

Die meisten Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern unterstützen die Arbeit der Migrantinnenvereine nicht mit finanziellen Mitteln. Die einzige Migrantenselbstorganisation, die eine institutionelle Förderung für eine halbe Personalstelle, Miete, andere Sachkosten und Projekte erhält, ist der Migrantinnenrat Rostock. Neben den Kommunen kann die Zusammenarbeit mit verschiedenen Stiftungen die Möglichkeiten der Vereine erweitern. Oft jedoch stehen den MSO die erforderlichen Eigenmittel für die Weiterführung erfolgreicher Projekte nicht zur Verfügung (Jüdische Gemeinden).

Zielstellungen

- Ziel ist es, eine umfassende Partizipation von Migrantinnen und Migranten im Land zu erreichen und das politische und gesellschaftliche Engagement von Zugewanderten zu gewährleisten.
- Ziel ist es, die Potenziale von Migrantenselbstorganisationen auszuschöpfen.

Maßnahmen

Die Landesregierung verbessert die Teilhabechancen von Menschen mit Migrationshintergrund durch:

- die Unterstützung der Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten sowie ihres bürgerschaftlichen Engagements,
- die Einbeziehung sachverständiger Migrantinnen und Migranten in Ausschüssen und Beiräten des Landes,
- Begleitung und Unterstützung des Netzwerkes MIGRANET-MV, das die landesweite Zusammenarbeit von Migrantinnenorganisationen und Migrantinnenvertretungen gewährleistet und
- die Einbeziehung gewählter Migrantinnenvertreter in die Landesintegrationsarbeit sowie in die Konzipierung und Evaluierung von Integrations- und Antidiskriminierungsmaßnahmen.

Die LpB bietet Unterstützung beim Aufbau demokratischer Strukturen im Land an, unter anderem auch bei der Konstituierung von Ausländer- beziehungsweise Migrantinnenbeiräten. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit Netzwerken, Beiräten oder Einrichtungen, die sich beratend beziehungsweise administrativ mit Fragen der Integration befassen, ist die LpB in diversen Gremien vertreten beziehungsweise wird häufig zu entsprechenden Veranstaltungen hinzugezogen.

Die Landesregierung sichert weiterhin die kontinuierliche Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern der Migrantinnenorganisationen in die Planung, Durchführung und Auswertung von Integrationsmaßnahmen auf Landesebene in allen dafür geschaffenen Gremien (siehe hierzu auch Kapitel 3.1).

Besonderes Augenmerk ist künftig auf eine noch stärkere Einbeziehung in den Bereichen Gesundheitsförderung und Prävention, Jugend-, Eltern-, Familien- und Seniorenarbeit zu richten.

Migrantinnen und Migranten sollten vor allem auch in den Städten und Gemeinden in geeigneten Gremien vertreten sein, um dort ihre Vorstellungen und Wünsche einbringen zu können. Das Ministerium für Soziales und Gesundheit wird gemeinsam mit den kommunalen Integrations- und Ausländerbeauftragten in den kreisfreien Städten und Landkreisen für die aktive Partizipation von Migrantinnen und Migranten sensibilisieren und entsprechende Initiativen unterstützen und begleiten. Durch Kooperationspartnerschaften wird die Vernetzung von Migrantinnenorganisationen mit anderen Trägern der Integrationsarbeit und Initiativen bürgerschaftlichen Engagements weiterentwickelt.

Um weitere Partizipationsmöglichkeiten der Migrantinnen und Migranten in den kreisfreien Städten und Landkreisen zu er-

schließen, sollten auch Mittel und Möglichkeiten der Lokalen Aktionspläne genutzt werden, unter anderem für die Förderung lokaler Selbstorganisationsformen. Anzustreben ist auch die Mitarbeit von Migrant*innenvertretern in den Begleitausschüssen der Lokalen Aktionspläne.

Eine geschlechterdifferenzierte Ansprache ist Voraussetzung, um Männer und auch Frauen mit Migrationshintergrund für das bürgerschaftliche Engagement zu interessieren.

Das zivilgesellschaftliche Engagement von Migrant*innen trägt maßgeblich zur Vertrauensbildung in die politischen Institutionen und die Gesellschaft des Aufnahmelandes bei. Es ist deshalb besonders wichtig, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern als auch die Position der Migrant*innen hinsichtlich ihrer Gleichstellung als Frauen in der deutschen wie der Herkunftskultur zu stärken. Frauen mit Migrationshintergrund im Land sollen ausdrücklich motiviert werden, sich bürgerschaftlich zu engagieren. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern öffentlicher Institutionen wie Kindertageseinrichtungen, Schulen, Vereinen und Verbänden wird empfohlen, Frauen mit Migrationshintergrund auf Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements in ihrem Umfeld hinzuweisen.

3.2.2 Rahmenbedingungen für die Integration von Familien, Frauen, Kindern und Jugendlichen

Situation

Familienstrukturen haben eine wichtige und stabilisierende Funktion und sind bei der Förderung der Integration wichtige Ansatzpunkte. Im Rückhalt in der Familie und in sozialen Netzen liegen wichtige Integrationspotenziale.

Familien mit Migrationshintergrund, darunter auch alleinstehende Frauen und Männer sowie Kinder und Jugendliche, erhalten Unterstützung durch spezifische Angebote. Dabei bedarf es häufig umfassender Bemühungen, das Vertrauen der Migrant*innen und Migranten zu gewinnen, da in ihren Familien teilweise ein anderes Rollenverständnis vorherrscht.

Im Rahmen der Migrationsberatung (MBE) wird für erwachsene Menschen mit Migrationshintergrund in neun Landkreisen und Städten des Landes individuelle Integrationsberatung und Integrationsplanung im Case-Management-Verfahren geleistet, die auch die Vermittlung an weitere Dienste und Einrichtungen umfasst (siehe hierzu auch Kapitel 2.1 und 2.2). Das Case Management gewährleistet die ausführliche individuelle Beratung in allen gesellschaftlichen Bereichen wie Bildung, Sport und Kultur, Werte, Religion, Wohnen, Gesundheit, Religion und Partizipation. Die MBE erreicht viele Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer bereits kurz nach ihrer Einreise und leistet einen wichtigen Beitrag dazu, sie zu selbständigem Handeln in allen

Angelegenheiten des täglichen Lebens zu befähigen. Daran anknüpfende weiterführende Angebote werden durch das Land unterstützt (siehe hierzu auch Kapitel 2.2).

In Rostock erhalten erwachsene Migrant*innen und Migranten, die länger als drei Jahre in der Stadt leben, individuelle Integrationsberatung und -begleitung durch die Fachdienste Sozialberatung für Migrant*innen und Migranten (FSM). Die Fachdienste Sozialberatung helfen Familien, Frauen, Kindern und Jugendlichen in sämtlichen sozialen Belangen und sind ein wichtiger Beitrag der Kommune zur Unterstützung des Integrationsprozesses auf kommunaler Ebene.

Die durch das Ministerium für Soziales und Gesundheit geförderten Familienzentren, die als Orte der Familienbildung, -beratung, -betreuung und -begegnung grundsätzlich allen Familien offenstehen, und die Familienbildungsstätten nehmen in ihren Jahresarbeitsplänen ebenfalls bedarfsgerechte Angebote für und mit Familien mit Migrationshintergrund auf.

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund erhalten sozialpädagogische Unterstützung unter anderem durch die Jugendmigrationsdienste (siehe hierzu Kapitel 2.1 und 2.2), die Schulsozialarbeit und die Kompetenzagenturen (siehe hierzu Kapitel 3.2.5).

Interkulturelle Kinder- und Jugendarbeit ist daneben auch Bestandteil der außerschulischen Ferien- und Freizeitangebote der Jugendhilfe. Bei Projekten, die durch das Land im Rahmen des Kinder- und Jugendplanes gefördert werden, wird besonders darauf geachtet, dass auch minderjährige Migrant*innen und Migranten berücksichtigt werden.

Migrant*innen und Migranten nehmen die Angebote der Familienbildung und Familienberatung, der Weiterbildung, der Hilfen zur Erziehung und Betreuung der Kinder zur Unterstützung in Anspruch. Allerdings liegt der Kenntnisstand über das Vorhandensein dieser Angebote bei Familien mit Migrationshintergrund etwa fünf Prozentpunkte unter dem Wert von Familien ohne Migrationshintergrund. Auch die Nutzungsbereitschaft von Beratungsangeboten liegt bei Familien mit Migrationshintergrund um etwa 10 Prozentpunkte unter dem Durchschnittswert der Familien ohne Migrationshintergrund.¹⁴ Festzustellen ist auch, dass die staatlich geförderten Migrationsdienste MBE und JMD ebenfalls noch zu wenig genutzt werden, da eine Vermittlung durch Ausländerbehörden, ARGEn und JobCenter nur selten erfolgt.

Ein spezielles Problem in der Familien- beziehungsweise Kinder- und Jugendhilfe ist die Verfügbarkeit von Dolmetscherinnen und Dolmetschern. Nicht selten wird zur Verständigung auf die Unterstützung von Familienangehörigen zurückgegriffen. Ergebnisse von Beratungen beziehungsweise Eingriffsmaßnahmen haben dann oft nicht den erwünschten Effekt.

14 Quelle: Prognose Familienbefragung Mecklenburg-Vorpommern 2009

Im Rahmen der Krisenintervention werden ebenfalls zielgruppenspezifische beziehungsweise übergreifende Maßnahmen angeboten.

Frauen und junge Mädchen ausländischer Herkunft, die von häuslicher und/oder sexualisierter Gewalt betroffen sind, finden in allen Frauenhäusern des Landes Zuflucht. Die Aufnahme in ein Frauenhaus erfolgt unabhängig vom ausländerrechtlichen Status und der Finanzierungssicherheit. Die Frage der Finanzierung des Aufenthaltes im Frauenhaus stellt sich erst zu einem späteren Zeitpunkt. Allerdings hat die öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag zur Lage und zur Finanzierung von Frauenhäusern am 12. November 2008 ergeben, dass die Alimentierung hilfebedürftiger ausländischer Frauen, die Schutz in einem Frauenhaus suchen, nach den bestehenden Leistungsgesetzen nicht lückenlos gewährleistet ist. Die 19. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder im Juni 2009 hat deshalb einstimmig die Bundesregierung gebeten, durch klarstellende Regelungen in den entsprechenden Leistungsgesetzen die derzeit bestehenden Finanzierungsprobleme für von häuslicher oder sexualisierter Gewalt betroffene ausländische Frauen zu beseitigen.

Frauen ausländischer Herkunft, die von Zwangsprostitution und Menschenhandel betroffen sind, können sich an eine Fachberatungsstelle für Opfer von Zwangsprostitution und Menschenhandel wenden, die am 1. Mai 2009 ihre Arbeit im Land aufgenommen hat.

Die Zahlen unbegleitet einreisender minderjähriger Flüchtlinge sind in Mecklenburg-Vorpommern eher gering. Eine zentrale Anlaufstelle wurde deshalb nicht eingerichtet. Sofern sich unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes melden, wird das vor Ort zuständige Jugendamt informiert, welches die Inobhutnahme vornimmt. Im Jahr 2010 meldeten sich bislang drei unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes. In allen drei Fällen erfolgte eine Unterbringung in Jugendhilfeeinrichtungen.

Melden sich unbegleitete minderjährige Flüchtlinge direkt bei den Kommunen des Landes, fällt die Durchführung von Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe in die Zuständigkeit der örtlichen Jugendhilfeträger, die innerhalb von drei Werktagen beim jeweils zuständigen Familiengericht die Inobhutnahme anzeigen und in aller Regel zugleich auch den (Amts-)Vormund beantragen. Die minderjährigen Flüchtlinge werden zumeist in den Einrichtungen der Jugendhilfe vor Ort untergebracht.

Im Rahmen der im Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“ durchgeführten Kriseninterventionseinsätze wurden ausländerfeindliche Vorkommnisse bearbeitet. Dabei handelte es sich unter anderem um Brandstiftungen und Sachbeschädigungen, die Imbisse und Geschäfte von Betreibern mit Migrationshintergrund zum Ziel hatten. Bei den Beratungen von

Opfern rechter Gewalt war 2008 bei rund einem Viertel der Attacken Rassismus das Motiv.

Zielstellungen

- Die Landesregierung unterstützt Familien mit Migrationshintergrund und berücksichtigt deren spezifischen Belange im Rahmen landespolitischer Maßnahmen zur Stärkung von Familien.
- Den spezifischen Belangen von Frauen und Mädchen im Integrationsprozess ist Rechnung zu tragen.
- Die Landesregierung fördert die Chancengleichheit und die Entwicklungspotenziale von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Maßnahmen

Das Ministerium für Soziales und Gesundheit fördert Familienzentren, die mit ihren Angeboten für Familien mit Migrationshintergrund den Integrationsprozess in den jeweiligen Regionen unterstützen.

Die Familienzentren werden weiterhin in regelmäßig stattfindenden Fachtagungen sowie durch Erfahrungsaustausch mit verschiedenen Themen hinsichtlich der Integration von Migrantinnen und Migranten befähigt, auf spezielle Bedürfnisse und Probleme von Zugewanderten reagieren zu können und die Integration durch gezielte Maßnahmen im Rahmen ihrer Einrichtungen zu fördern. Mit Trägern interkultureller Bildungsmaßnahmen wird die Aufnahme familienspezifischer Bildungsinhalte abgestimmt.

Das Ministerium für Soziales und Gesundheit fördert die Umsetzung des Konzepts „Eltern stark machen“. Familienbildungsangebote zur Stärkung der Erziehungskompetenz werden niedrigschwellig an verschiedenen Orten im sozialen Nahraum, wie zum Beispiel in Kindertageseinrichtungen, Familienzentren, Familienbildungseinrichtungen, Mehrgenerationenhäusern, Begegnungseinrichtungen oder Schulen und damit gut erreichbar für Familien mit Migrationshintergrund angeboten.

Die vom Ministerium für Soziales und Gesundheit geförderten Schwangerschaftsberatungsstellen tragen auch den Belangen der Migrantinnen Rechnung, zum Beispiel bei der Beantragung von Mitteln aus der Stiftung „Hilfen für Frauen und Familien“.

Als Orte der Begegnung für Menschen aller Generationen und Nationalitäten bieten Mehrgenerationenhäuser Raum für gemeinsame Aktivitäten. Angebote zur Kinderbetreuung und zur Betreuung älterer Menschen schaffen so ein nachbarschaftliches Miteinander. Sie stehen insbesondere auch Menschen mit Migrationshintergrund offen und stellen ein verlässliches Angebot dar. Neben ihren vielfältigen Möglichkeiten wie offenen Treffs, Freizeit-, Sport- und Kulturangeboten sprechen

Mehrgenerationenhäuser Migrantinnen und Migranten auch mit konkreten Angeboten wie zum Beispiel thematischen Veranstaltungen gemeinsam mit Einheimischen zur intensiveren Integration an. Ebenso werden mit den verschiedenen Angeboten der Lokalen Bündnisse für Familie die Interessen der Migrantinnen und Migranten berücksichtigt, unter anderem mit Sprachkursen für Kinder.

Durch eine stärkere Vernetzung der familienpolitischen Angebote mit Maßnahmen der Integrationsförderung und den Selbsthilfeeaktivitäten von Zugewanderten soll eine koordinierte Vorgehensweise gesichert werden, die Eigeninitiative und Teilhabe der zugewanderten Familien in den Mittelpunkt stellt.

Mit der Weiterentwicklung einer Bildungs- und Erziehungspartnerschaft zwischen pädagogischen Fachkräften und Eltern soll es Zugewanderten ermöglicht werden, sich stärker in die Bereiche wie Kindertagesförderung, Schulbildung, Berufsausbildung und das Berufsleben einzubringen. Dadurch können frühzeitig die Chancen einer guten Bildung und Ausbildung für Mädchen und Jungen verbessert, das gleichberechtigte Rollenverständnis der Geschlechter im Alltag erlebbar gemacht und partiell Unterstützungsleistungen zur besseren Integration angeboten werden. Ein Schwerpunkt ist eine alltagsintegrierte sprachliche Förderung im Bereich der Kindertagesförderung insbesondere unter Beteiligung der Eltern (siehe Kapitel 3.2.3).

Die Landesregierung stabilisiert und stärkt die vorhandenen spezifischen Angebote für Familien, Frauen, Kinder und Jugendliche, unter anderem durch den Ausbau der Kooperation mit geeigneten Partnern wie zum Beispiel Migrantenorganisationen.

Die migrationspezifischen Beratungsstellen (JMD, MBE) tragen eine besondere Verantwortung, wenn es darum geht, die soziale Integration von Familien, Frauen, Kindern und Jugendlichen zu initiieren, zu unterstützen und zu begleiten. Das Ministerium für Soziales und Gesundheit wird in Abstimmungsgesprächen mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) darauf hinwirken, dass regionale Strukturen und Bedarfe bei der Verteilung dieser bundesgeförderten Beratungsstellen angemessen berücksichtigt werden. Durch Verknüpfung mit landesfinanzierten migrationspezifischen Beratungsangeboten und kommunalen Integrationsprojekten sollen diese Angebote weiterhin unterstützt werden und auch für bereits seit längerem hier lebende Migrantinnen und Migranten im Sinne der nachholenden Integration zugänglich sein. Die Zusammenarbeit der Träger der familienfördernden Angebote mit den migrationspezifischen Beratungsstellen (JMD, MBE) als Grundangebote für Migrantinnen und Migranten wird ausgebaut. Die Ausländerbehörden und JobCenter sollten häufiger auf die sozialpädagogische Arbeit der Migrationsberatungsstellen zurückgreifen.

Damit auch Menschen mit Behinderungen und Migrationshintergrund sowie Menschen mit chronischen Erkrankungen und Migrationshintergrund an den Leistungen der Eingliederungshilfe und der Selbsthilfe partizipieren, müssen die jeweiligen Informations- und Beratungsangebote zusammenarbeiten und Hilfen aufzeigen. Es sind Kommunikationsprobleme zu berücksichtigen und zu überwinden, die sowohl auf sprachlichem als auch auf kulturellem Gebiet liegen können.

Für Asylbewerberfamilien mit Kindern unter 18 Jahren, die schon zwei Jahre in einer Gemeinschaftsunterkunft leben, soll möglichst frühzeitig eine dezentrale Unterbringung ermöglicht werden. Dies fördert die Selbstständigkeit und ermöglicht Kontakte mit der Mehrheitsgesellschaft.

In die interkulturelle Arbeit und Ausrichtung der Dienste für Familien, Frauen, Kinder und Jugendliche sowie der öffentlichen Verwaltungen werden weitere Impulse gegeben, unter anderem durch Fortbildungen, Ausbildung und Einstellung von Migrantinnen und Migranten. Im Rahmen des Bundesprogrammes „Xenos – Integration und Vielfalt“ werden Möglichkeiten genutzt, um die interkulturelle Kompetenz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Ebenen der kommunalen und lokalen Verwaltung zu stärken.

3.2.3 Frühkindliche Bildung und Erziehung

Situation

Für Kinder mit Migrationshintergrund ist der Besuch einer Kindertageseinrichtung von besonderer Bedeutung. Da im familiären Umfeld in der Regel die Muttersprache gesprochen wird, ergibt sich oft erst mit dem Eintritt in eine Kindertageseinrichtung die Notwendigkeit, sich in einer zweiten Sprache, nämlich auf Deutsch, zu verständigen. Gleichzeitig ist die Kita ein wichtiger Ort, der erste interkulturelle Erfahrungen ermöglicht.

Kinder mit gewöhnlichem Aufenthalt in Mecklenburg-Vorpommern haben ab Vollendung des dritten Lebensjahres bis zum Eintritt in die Schule einen gesetzlichen Anspruch auf den Besuch und die Förderung in einer Kindertageseinrichtung. Für alle Kinder unter drei Jahren soll eine bedarfsgerechte Förderung gewährleistet werden. Dies gilt insbesondere auch für Kinder mit Migrationshintergrund.

Gemessen an der Gesamtzahl der belegten Plätze in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege werden im Land 3,3 % der Plätze von Kindern mit Migrationshintergrund in Anspruch genommen; in den Kinderkrippen beträgt dieser Anteil 2,7 %, in den Kindergärten 3,7 %.¹⁵

Bildung, Erziehung und Betreuung in Kindertageseinrichtungen erfolgen durch pädagogische Fachkräfte. Diese haben unter Be-

¹⁵ Quelle: Landesjugendamt; Stand: 1. April 2010

achtung der altersspezifischen und individuellen Besonderheiten die Kinder speziell zu fördern, die Deutsch als Zweitsprache erlernen. Im Kindertagesförderungsgesetz – KiföG M-V – wurde eine solche Unterstützung gesetzlich normiert.¹⁶

Ausgehend von dem Förderanspruch der Kinder mit Migrationshintergrund führte die Arbeitsgruppe Kita¹⁷ im Frühjahr 2008 erstmalig eine Bedarfsermittlung durch. Im Ergebnis dieser Umfrage, gerichtet an die kommunalen Jugendämter, wurde durch die Erzieherinnen Förderbedarf von Kindern und Bedarf an Weiterbildungsangeboten angemeldet, der die Themen Sprachentwicklung und Sprachförderung bei Kindern, Erkennen von Sprachauffälligkeiten und Störungen sowie deren Entgegenwirken umfasst. Zur Anwendung von Sprachstandserhebungsverfahren beziehungsweise Sprachförderprogrammen wurde mitgeteilt, dass die Kinder überwiegend ohne solche Verfahren gefördert werden.

Bislang gibt es in Mecklenburg-Vorpommern keine verpflichtende Sprachstandserhebung und Sprachentwicklungsbegleitung in den Kitas. Das Land unterstützt jedoch Modellprojekte, um Kinder mit einem besonderen sprachlichen Förderbedarf besser zu integrieren und zur Chancengerechtigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund beizutragen.

Von 2006 bis 2008 wurde an zwei Kitas in Rostock und im Landkreis Bad Doberan frühe Sprachförderung modellhaft mit Bildungsangeboten aus den Bereichen Medien, Naturwissenschaften und Mathematik kombiniert.

Daneben wurde zur Qualitätssicherung der sprachlichen Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund, ebenfalls unterstützt aus Landesmitteln, ein Modellprojekt an der Universität Rostock¹⁸ in Auftrag gegeben. Untersucht wurden die Einflussfaktoren auf den Zweitspracherwerb und die einzelnen Erwerbsphasen. Im Ergebnis wurde ein Stufenmodell des Zweitspracherwerbs beschrieben, Beobachtungsbögen für Erzieherinnen und Erzieher erstellt und unter den Bedingungen der konkreten Arbeit in den Einrichtungen in Kitas in Rostock und Wismar erprobt. Im Frühjahr 2008 konnten erste Resultate auf einem Praxistag in Rostock vorgestellt werden.¹⁹ Darüber hinaus entstanden eine „Konzeption zur alltagsintegrierten frühen sprachlichen Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund in Mecklenburg-Vorpommern“ und ein darauf abge-

stimmtes Konzept zur Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern. Zurzeit wird an der Analyse und Systematisierung der Ergebnisse gearbeitet, um ein praxisrelevantes Material für die Arbeit der Fachkräfte publizieren zu können.

Speziell für den Übergang von der Kindertageseinrichtung in die Grundschule in Mecklenburg-Vorpommern wurde das Hamburger Verfahren zur Analyse des Sprachstands Fünfjähriger (HAVAS 5)²⁰ für Kinder mit Migrationshintergrund eingeführt. In einer Modellgruppe im Rahmen eines Modellprogrammes der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung (BLK) zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund (FörMig) konnten sehr gute Ergebnisse im Hinblick auf Sprachförderung und Kooperation nachgewiesen werden.²¹ Teilgenommen haben etwa 40 Einrichtungen - Kitas und Grundschulen.

Ab dem Jahr 2009 wird das Fortbildungskonzept „Kinder-Sprache-Stärken – die sprachliche Förderung in der Kita“ des Deutschen Jugendinstitutes als Weiterbildungsangebot für Erzieherinnen und Erzieher, Fachberaterinnen und Fachberater und Tagespflegepersonen genutzt. Es umfasst insgesamt 160 Stunden, davon sind 120 Stunden Theorie und 40 Stunden Fachpraxisbegleitung. Das Weiterbildungsangebot wird in Kooperation des Landes mit staatlich anerkannten Weiterbildungsträgern realisiert.

Das Land fördert auch seit 2007 das Projekt „Mehrsprachige Erziehung - Polnisch in Kindergärten und weiterführenden Einrichtungen“ im grenznahen Raum. Ziel des Projektes ist es, das grundlegende Interesse am Erlernen der polnischen Sprache zu wecken. Es gibt Impulse für die Wertschätzung und Förderung von Mehrsprachigkeit sowie für die interkulturelle Erziehung.

Die durch Migration bedingte Vielfalt ist aufgrund des relativ kleinen Migrantenanteils im Land längst nicht in allen Kitas im Alltag erlebbar. Interkulturelle Fragen rücken somit nicht zwangsläufig ins Blickfeld.

Im September 2008 plante die AG Kita in Zusammenarbeit mit Trägern der Weiterbildung und der Universität Rostock eine landesweite Fachtagung zur interkulturellen Arbeit in Kindertageseinrichtungen. Diese Tagung, auf der vorurteilsfreie Bildung

16 Vergleiche KiföG M-V (neu), § 10 Absatz 7

17 Arbeitsgruppe „Kita“ im Ministerium für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern, Referat Sozialpolitik, Zuwanderung, Integration

18 „Alltagsintegrierte Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen / Sprachliche Förderung von Kindern unter 3 Jahren mit Migrationshintergrund“ Universität Rostock, Institut für Sonderpädagogische Entwicklungsförderung und Rehabilitation (ISER Rostock)

19 Vergleiche 1. Arbeitsbericht des Projektes „Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund in Mecklenburg-Vorpommern“, 2008, Universität Rostock, ISER, Yvonne Adler

20 Die Entwicklung des HAVAS geht auf einen Auftrag der Hamburger Schulbehörde zurück, ein Verfahren zur Analyse des sprachlichen Entwicklungsstandes zweisprachiger Kinder ein Jahr vor Schuleintritt zu konzipieren, das für Deutsch und verschiedene Herkunftssprachen eingesetzt werden kann und gleichzeitig Entscheidungen über einen Anschluss gegebenenfalls notwendiger Förderung zulässt.

21 19 Erzieherinnen und 22 Grundschullehrerinnen haben nach erfolgreicher Teilnahme an der zweitägigen Fortbildung das HAVAS-Zertifikat erhalten. In sich anschließenden Workshops wurde diese Gruppe in der diagnosegestützten Sprachförderung mit HAVAS geschult und betreut. Die beteiligten Kitas haben Modelle der additiven und / oder integrativen Förderung eingeführt.

und Erziehung sowie Sprachförderung thematisiert und die interkulturelle Arbeit der Kitas beispielhaft vorgestellt werden sollten, kam leider aufgrund zu geringen Interesses nicht zustande.

Familien mit Migrationshintergrund stellen eine Zielgruppe dar, die im besonderen Fokus der Anbieter von Themen der Familienbildung stehen. Die Erreichbarkeit dieser Familien gestaltet sich schwierig. Im Jahr 2009 gelang es, Mütter mit Migrationshintergrund in einen Kurs „Starke Eltern-starke Kinder“ einzubeziehen.

Zielstellung:

- Kinder mit Migrationshintergrund sind durch spezifische Angebote der frühen Bildung und Erziehung so zu fördern, dass sie erfolgreich an Bildung und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Maßnahmen

Eine prioritäre Rahmensetzung zur Förderung der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund im Land erfolgte mit der Novellierung des Kindertagesförderungsgesetzes (KiföG M-V) in 2010. Damit werden aktuelle sozial- und bildungspolitische Entwicklungen aufgegriffen und unter Berücksichtigung der steigenden Inanspruchnahme finanziell untersetzt.

Folgende Schwerpunkte der Novellierung stehen für eine qualitative Verbesserung der individuellen Förderung von Kindern, die Kinder mit Migrationshintergrund mit einschließt:

- Qualitative Weiterentwicklung der Förderung der frühkindlichen Bildung, insbesondere bei der Förderung der Sprachkompetenz,
- Präzisierung der Ziele, Inhalte und Instrumente der individuellen Förderung,
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Qualifikation des pädagogischen Personals,
- Qualitätsentwicklung und Evaluation der pädagogischen Arbeit in den Kitas,
- Stärkung der Bildungs- und Erziehungspartnerschaft zwischen den Fachkräften der Kindertageseinrichtungen und den Personensorgeberechtigten,
- Integration der Verpflegung in das Angebot der Kindertagesförderung (kostenfreies Mittagessen für Kinder aus SGB II-Haushalten) und
- Elternbeitragsentlastung für Kinder im Jahr vor Eintritt in die Schule.

Mit der KiföG-Novelle, die zum 1. August 2010 in Kraft getreten ist, wird die Förderung von Kindern mit besonderen Bedarfslagen in den Mittelpunkt gerückt und eine Erweiterung des dafür notwendigen Zeitumfangs an mittelbarer pädagogischer Arbeit angestrebt. Darüber hinaus wird eine gesetzlich normierte

Sicherung einer ausreichenden Förderung für sozial benachteiligte Kinder in den Fokus genommen.

Die Landesregierung hat unter breiter Einbeziehung der Fachkreise eine „Bildungskonzeption für 0- bis 10-jährige Kinder in Mecklenburg-Vorpommern“ vorgelegt. Diese bildet den Rahmen für die Bildung, Betreuung und Erziehung während des Besuches der Kindertageseinrichtung auch für Kinder von Migrantinnen und Migranten. Im laufenden Prozess der Reflexion, Sicherung und Weiterentwicklung der Arbeit auf der Grundlage der Bildungskonzeption sowie ihrer Fortschreibung wird darauf zu achten sein, dass die spezifischen Bedarfe mehrsprachiger Kinder berücksichtigt werden.

Passende Integrationsangebote für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund zu gestalten, liegt größtenteils in der Verantwortung der Kommunen. Insbesondere die vor Ort bestehenden Möglichkeiten über trägerspezifische Konzeptionen und Entgeltvereinbarungen gilt es gezielt hierfür zu nutzen. In Rostock können die Kitas zwei Stunden pro Woche für die Förderung in der deutschen Sprache im Laufe von sechs Monaten beim Amt für Jugend und Soziales beantragen.

Frühe Sprachförderung der deutschen Sprache, die in der Regel bei Kindern mit Migrationshintergrund als Zweitsprache erworben wird, ist von elementarer Bedeutung für den weiteren Bildungs- und Lebensweg. Mit der „Konzeption zur alltagsintegrierten frühen sprachlichen Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund in Mecklenburg-Vorpommern“ und der Einführung von HAVAS 5 am Übergang von der Kindertageseinrichtung in die Grundschule wurde eine gute Basis geschaffen, deren Nutzung und Umsetzung in der pädagogischen Praxis befördert werden muss.

Unter Einbeziehung der Ergebnisse der durch das Land geförderten Projekte wird ein Konzept zur Spracherfassung, -diagnostik und -förderung aller Kinder in Mecklenburg-Vorpommern erarbeitet, das die spezielle Situation von Migrantenkindern und Aspekte der Mehrsprachigkeit berücksichtigen wird. Dies schließt die Anerkennung der Herkunftssprachen in den Kindertageseinrichtungen durch die Erzieherinnen und Erzieher ein und bedarf einer interkulturellen Sensibilisierung des Fachpersonals.

Im Bereich der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher müssen die Besonderheiten des Zweitspracherwerbs, eine positiv gewertete Zwei- und Mehrsprachigkeit, das Erkennen von Sprachdefiziten, Sprachförderprogramme und interkulturelle Aspekte in der pädagogischen Praxis stärker verankert werden. In diesem Zusammenhang gewinnt die erleichterte Anerkennung von Abschlüssen von Erzieherinnen mit Migrationshintergrund an Bedeutung.

Für die Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern sowie Fachberaterinnen und Fachberatern ist die Weiterführung der Fortbildung „Kinder-Sprache Stärken – die sprachliche Förderung in der Kita“ geplant.

Mit dem Konzept zur Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern „Sprachliche Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund in M-V“²² und den im gleichnamigen Projekt erarbeiteten Materialien ist eine weitere wichtige Grundlage für die Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern entstanden. Die gemäß den vorgesehenen Modulen zu vermittelnden und zu stärkenden Fähigkeiten von Erzieherinnen und Erziehern kommen in der pädagogischen Arbeit allen Kindern zugute. Elemente aus dem Weiterbildungskonzept sollten auch in die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern übernommen werden.

Um die interkulturelle Arbeit mit Leben zu erfüllen, gilt es, die Kooperation mit den Eltern weiter auszubauen. Den Trägern der Kindertagesförderung wird empfohlen, verstärkt mit Einrichtungen der Familienbildung und Familienzentren zusammenarbeiten, um den Eltern Angebote der Familienbildung, zum Beispiel Elternkurse, zu unterbreiten. Ziel ist die Unterstützung der Eltern und die Stärkung ihrer Selbsthilfe- und Erziehungskompetenz.

3.2.4 Schulische Bildung und Erziehung

Situation

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an der Gesamtschülerzahl an den allgemein bildenden Schulen in Mecklenburg-Vorpommern betrug im Schuljahr 2008 / 2009 etwa 3,3 %.

Die wenigen Migrantenkinder im Land, die im Grundschulalter oder früher nach Mecklenburg-Vorpommern kommen, haben es naturgemäß leichter, sich in den laufenden Schulbetrieb zu integrieren als Seiteneinsteiger im Sekundarbereich.

Bei der Integration der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in das Schulsystem hat das Erlernen der deutschen Sprache erstrangige Bedeutung.

Auf der Grundlage der Verwaltungsvorschrift „Bestimmungen zur Eingliederung und zum Schulbesuch von Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache in Schulen Mecklenburg-Vorpommerns“²³ erhalten Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache eine Förderung in Gruppen, die als begleitender Förderunterricht oder alternativ als Sprachintensivförderung in Kursform gestaltet werden kann. Für die Organisation des Förderunterrichts werden nach Maßgabe des Landeshaushaltes zusätzliche Lehrerwochenstunden bereitgestellt.

Ab dem Schuljahr 2009 / 2010 ist die Zusatzbedarfszuweisung für die Beschulung von Kindern mit Migrationshintergrund in der Unterrichtsversorgungsverordnung neu geregelt. Darin werden den Staatlichen Schulämtern die für die Förderung benötigten Lehrerwochenstunden als Stundenpool bereitgestellt. Sie errechnen sich als Produkt aus der Anzahl der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler im Staatlichen Schulamtsbezirk und einem unverbindlichen Richtwert, der für die Berechnung des Zusatzbedarfes für die Beschulung von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache mit festgestellten Förderbedarf festgelegt worden ist.

Während in den vergangenen Jahren an großen Schulstandorten wie Rostock sehr gute Erfahrungen mit Intensivkursen gemacht wurden, in denen zeitlich befristet Deutsch-Intensiv-Unterricht stattfand, tritt diese Möglichkeit aufgrund stagnierender Neuzuwanderungszahlen mehr und mehr in den Hintergrund und Lösungen für abnehmende Schülerzahlen mit Migrationshintergrund sind gefragt. In östlichen Landesteilen hingegen erweist sich die Intensivförderung durch die Zunahme der polnischstämmigen Wohnbevölkerung zunehmend als geeignete Förderform. So sind an zwei Schulen am Standort Löcknitz Intensivkurse eingerichtet worden.

Die bestehenden Maßnahmen der Sprachförderung wurden durch die Beteiligung des Landes am Modellprogramm der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung (BLK) zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund (FörMig) mit einer Laufzeit vom 1. August 2005 bis 31. Juli 2009 konzeptionell untersetzt und wirksamer gestaltet. Im Ergebnis ist eine Handreichung zur Organisation und zu Methoden der Sprachförderung Deutsch als Zweitsprache (DaZ) in der Sekundarstufe entstanden,²⁴ die im Mai 2010 der Fachöffentlichkeit vorgestellt wurde.

Zur Erhöhung der Effizienz der individuellen Förderung wurde im Rahmen von FörMig auf der Grundlage der oben genannten Verwaltungsvorschrift zur „Eingliederung von Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache in Schulen Mecklenburg-Vorpommerns“ ein Muster für einen individuellen Förderplan²⁵ für die Sprachförderung im Bereich Deutsch als Zweitsprache (DaZ) in zusätzlichen Förderstunden aber auch im Regelunterricht entwickelt und erprobt. Im Förderplan wird der Förderbedarf eines Schülers erfasst, um beim Schulamt zusätzliche Förderstunden zu beantragen. Auf Grundlage des Förderplans erfolgen die Abstimmungen mit den Fachkolleginnen und -kollegen und die gemeinsame Planung für eine kontinuierliche und durchgehende Förderung.

Daneben wurden Instrumente zur Erfassung des elementaren Sprachstandes eingeführt, auch solche, die im Bereich der Lese-

22 Yvonne Adler, November 2009, im Auftrag des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern

23 Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur vom 14. Mai 2006

24 Handreichung: Organisation und Methoden der Sprachförderung DaZ in der Sekundarstufe I in Mecklenburg-Vorpommern, 2009

25 Ebenda, Kapitel 5

verstehenskompetenz und der Erfassung der Schriftsprachkompetenz liegen. Die neu entwickelten Instrumente „Tulpenbeet“ und „Bumerang“ wurden in zwei Durchgängen erprobt und die Koordinatoren in deren Einsatz geschult.

An den vier Programmschulen (FörMig-Basiseinheiten) sind die Sprachförderkonzepte Bestandteil des Schulprogramms und der Schulentwicklung geworden. Dieser Prozess wurde durch Workshops zur Schulentwicklung begleitet. In jeder Schule ist ein Rahmen entwickelt worden, der zeigt, wie sich die Einzelmaßnahmen in die schulischen Handlungsfelder einordnen und wie die Kooperationspartner im Kontext der Schulentwicklung eingebettet sind.

Insbesondere für Schulen mit einem höheren Anteil an Schülerinnen und Schülern, die Deutsch nicht als Muttersprache sprechen, liegen zwei Instrumente bereit: Checkliste zum Stand der Sprachförderung und der Schulentwicklung an Ganztagschulen in Mecklenburg-Vorpommern²⁶ und Checkliste zur interkulturellen Elternarbeit: Bestandsaufnahme²⁷.

Mit einer kleinen Fortbildungsgruppe wurden curriculare Empfehlungen für den Spracherwerb DaZ auf den Niveaustufen A1 - B1 erarbeitet, die Grundlage für die Erstellung schulinterner Rahmenpläne zum elementaren Spracherwerb sein sollen.²⁸

Unter dem Stichwort „Deutsch in allen Fächern“ wurden mit FörMig in allen vier Programmschulen schulinterne Fortbildungen und Maßnahmen durchgeführt, um die Förderung der Bildungssprache Deutsch integrativ zu verankern. Dies betrifft u. a. Maßnahmen zur Erhöhung der Lesekompetenz in allen Fächern zum Beispiel durch das Erstellen didaktisierter Lesetexte, die Arbeit mit sprachsensiblen Aufgabenstellungen oder den Einsatz von Wortschatzlisten. Dies schließt die Arbeit mit außerschulischen Partnern und an den Übergängen mit ein. Hier waren in allen vier Basiseinheiten die Grundschulen insbesondere über die Arbeit mit HAVAS²⁹ einbezogen.³⁰

Mit dem neuen Schulgesetz und der Selbständigen Schule haben die Möglichkeiten der Wertschätzung der Herkunfts- oder Familiensprachen von Schülern mit Migrationshintergrund aufgenommen und werden durch die Fortbildung der Lehrkräfte sowie durch die Schul- und Unterrichtsberatung unterstützt.

Die Anerkennung von Herkunftssprachen als erste, zweite oder dritte Fremdsprache ist gemäß Punkt 6 der Verwaltungsvorschrift³¹ möglich.

Eine Reihe von Maßnahmen bei FörMig war unter anderem darauf gerichtet, die Mehrsprachigkeit der Schülerinnen und Schüler als Kompetenz herauszustellen, zum Beispiel durch die Erstellung von individuellen Sprachporträts.³² An den jeweiligen Schulen ist dadurch ein umfangreiches Wissen über die Sprachen, die die Schüler als Erst- und Zweitsprache beherrschen, entstanden. Die Schulen haben einzelne Maßnahmen zum Beispiel „Sprachentage“ gestaltet. Die Schülerinnen und Schüler wurden vom Landesprogramm in einer Schreibwerkstatt, die der Bildungsminister als Schirmherr begleitet hat, direkt angesprochen. Zu dieser Schreibwerkstatt fanden Fortbildungen zum kreativ-biografischen Arbeiten im DaZ-Unterricht statt und die eingesendeten Arbeiten wurden 2009 in einer Broschüre veröffentlicht.

Mehrsprachigkeit wurde damit als Teil einer interkulturellen Schulkultur erlebbar gemacht, unter anderem auch in Form von mehrsprachigen Elternbriefen, im Kunstunterricht oder auch auf Plakaten.

Mit der Schulqualitätsverordnung³³ ist die individuelle Förderung in den Qualitätsrahmen des Landes aufgenommen worden und Gegenstand von Evaluationsverfahren zur Unterstützung der Schulischen Qualitätsentwicklung und der Schulprogrammarbeit. In einer ersten Evaluationsphase des Landes ist die Rostocker Krusenstern-Gesamtschule näher untersucht worden. Im Ergebnis wurde als eine der Stärken der Schule die Sprachförderung der Schüler mit Migrationshintergrund bewertet.

Zur Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer fanden im Rahmen von FörMig von 2005 bis 2009 insgesamt 41 Fortbildungsmaßnahmen statt, die den Sprachbildungsauftrag der Lehrkräfte betreffen. Darüber hinaus sind Fortbildungen zur interkulturellen Kompetenz und Qualifizierung von Erzieherinnen durchgeführt worden.

Einen hohen Stellenwert hat auch die Auseinandersetzung mit interkulturellen Themen. Sie ist Bestandteil der Rahmenpläne der meisten Unterrichtsfächer; besondere Anlässe wie Europa-Tag geben Impulse.

26 Ebenda, Kapitel 8a

27 Ebenda, Kapitel 8ci

28 Ebenda, Kapitel 6b

29 HAVAS 5 - Hamburger Verfahren zur Analyse des Sprachstands Fünfjähriger

30 siehe Handreichung, 2009, Prozessdokumentation „Steigerung der Lesekompetenz – Deutsch in allen Fächern in Rostock, Parchim, Stavenhagen, Bergen“ Kapitel 7bi und Wortschatzlisten Deutsch-Russisch für den Fachunterricht, ebd. Kapitel 7bii

31 „Bestimmungen zur Eingliederung und zum Schulbesuch von Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache in Schulen Mecklenburg-Vorpommerns“ Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur vom 14. Mai 2006

32 siehe Handreichung, 2009, Kapitel 4

33 Verordnung zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung in den Selbständigen Schulen (Schulqualitätsverordnung – QualiVO M-V) vom 10. August 2009

Im Bereich „Vermittlung interkultureller Kompetenz“ ist 2006 und 2007 ein Fortbildungsmodul im Rahmen von FörMig mit den Elementen Lehrertraining und Schülerveranstaltung durchgeführt worden, das inhaltlich an die Arbeit von „Eine Welt der Vielfalt“³⁴ anknüpft und als eigenes Modul im Rahmen von TEO toto (interkulturell) in Zusammenarbeit mit den Ämtern für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen der Evangelischen Kirche in Mecklenburg und der Pommerschen Landeskirche („Tage ethischer Orientierung“ TEO-AG) angeboten wurde. Es liegt ein Handbuch mit ausgearbeiteten Modulen vor.

Die Kooperation zwischen Eltern, freien Trägern sowie der Jugendhilfe erhielt Impulse mit der Etablierung und in der Praxis von Ganztagschulen sowie durch FörMig. In vielen Schulen wird die Elternarbeit im Schulprogramm reflektiert. Die Realisierung ist unterschiedlich erfolgreich und hat Entwicklungspotential.

Das Migrantenstipendienprogramm START der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung wurde ausgebaut. Aus Mecklenburg-Vorpommern wurden erstmals 2007 sieben Stipendiatinnen und Stipendiaten in das Programm aufgenommen. Die START-Stipendiaten erhalten ein monatliches Bildungsgeld, einen Laptop mit Drucker und Internetanschluss und weitere Unterstützung in unterschiedlichen Bereichen, auch individuelle Beratung zur schulischen und persönlichen Entwicklung. Im Schuljahr 2009 / 2010 werden 25 Jugendliche aus Aserbaidschan, Armenien, dem Irak, Kasachstan, dem Kosovo, Litauen, Nigeria, Polen, der Russischen Föderation, Sri Lanka, der Türkei, der Ukraine und Vietnam im Rahmen dieses Programms gefördert.

Familiäre Ressourcen können zu einem großen Teil zum Schulerfolg beitragen. Dazu zählen Kenntnisse der Eltern über die Bildungsinstitutionen, ihre Arbeits- und Funktionsweise und die Rolle der Lehrenden. Solche Einblicke in die Bildungseinrichtungen entstehen vor allem durch die Teilhabe an kommunikativen Netzwerken, die das schulische Geschehen umgeben: Elternabende, Elternsprechstunden und informelle Kontakte zwischen Eltern. Die Beteiligung an diesen Netzwerken ist häufig nur den Eltern möglich, die über deutsche Sprachkenntnisse verfügen. Flüchtlinge, die als langjährig Geduldete in Gemeinschaftsunterkünften leben, keine Sprachkurse besuchen können und erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt haben, werden für eine derartige Mitarbeit nur schwer zu gewinnen sein. Die familiäre Sozialisation und das Unterstützungspotential fallen bei den Übergangsempfehlungen zu weiterführenden Schulen ins Gewicht. Informationsdefizite auf Seiten der Eltern können zur falschen Schulwahl führen.

Zielstellungen

- Zugewanderte und einheimische Schülerinnen und Schüler werden so gefördert, dass Chancengleichheit in der schulischen Bildung und Erziehung für gleichwertige Berufs- und Lebensperspektiven hergestellt wird.
- Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund werden in das Bildungssystem Mecklenburg-Vorpommerns so integriert, dass ihnen ein erfolgreicher Schulabschluss und der Übergang in eine berufliche Ausbildung ermöglicht wird.

Maßnahmen

Vor dem Hintergrund der aktuellen Zuwanderungszahlen gewinnt die Organisation der Förderung in Klein- und Kleinstgruppen an Bedeutung. Um auf der Basis der Verwaltungsvorschrift³⁵ zu einer effektiven Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund zu gelangen, sollten hierfür verstärkt die Schulen genutzt werden, die in den vergangenen Jahren bereits fachlich gute Arbeit in der Förderung geleistet haben und über gute Voraussetzungen verfügen. Vorhandene Freiräume an Fördermöglichkeiten gilt es noch kreativer zu nutzen. So bieten sich für eine gezielte Förderung unter anderem die Bündelung von Förderstundenkontingenten sowie von Stundenbestandteilen an.

Mit der Einrichtung einer Fachberatungsstelle Mecklenburg-Vorpommern „Deutsch als Zweitsprache (DaZ) in der Schule: Sprachförderung – Sprachbildung – Schulentwicklung“ für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sollen Maßnahmen aus dem „FörMig“-Programm an die Bedingungen des Flächenlandes und die besonderen Schwerpunkte angepasst und fortgeführt werden. Unter Berücksichtigung der Situation städtischer Schwerpunktschulen, des ländlichen Raumes und des Zuzugs polnisch sprechender Schülerinnen und Schüler im grenznahen Raum sollen die schulische Arbeit mit Kindern mit Migrationshintergrund, die durchgängige Förderung der deutschen Sprache, die interkulturelle Erziehung, Fortbildung von Lehrkräften sowie die Eltern- und Schulprogrammarbeit konkrete Impulse erhalten.

Mit Beginn des Schuljahres 2010 / 2011 ist ein Arbeitskreis „Deutsch als Zweitsprache an den Schulen in Mecklenburg-Vorpommern“ auf Landesebene eingerichtet worden. Die Koordinierung und Leitung des Arbeitskreises unter Beteiligung von Lehrkräften aus Schulen mit relativ hohem Migrantenanteil aus

34 Im Mittelpunkt des Trainingsprogramms „Eine Welt der Vielfalt“ stehen Selbstreflexion und Perspektivenwechsel als Methoden der interkulturellen Erziehung.

35 „Bestimmungen zur Eingliederung und zum Schulbesuch von Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache in Schulen Mecklenburg-Vorpommerns“ Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur vom 14. Mai 2006

36 GVOBl. M-V 2009 S. 472

allen Schulamtsbezirken erfolgt durch die Fachberatungsstelle. Wichtige Themen werden unter anderem sein:

- der Erfahrungsaustausch und die Umsetzung der Verwaltungsvorschrift,
- die Fortbildung „Deutsch als Zweitsprache“,
- die Organisation additiver und integrativer Sprachförderung.

Das Konzept „Deutsch als Zweitsprache in allen Fächern“ soll als Teil eines Rahmenkonzeptes „Sprachliche Bildung in allen Fächern“ für eine landesweite Umsetzung beim Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe 1 weiterentwickelt werden.

Zur Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache in der Schule wird es neben der gezielten Unterstützung des Spracherwerbs Einzelner und von Gruppen die Förderung des Spracherwerbs in allen Fächern, unter anderem durch die Verknüpfung mit der Leseverstehensförderung „Pro Lesen“ geben.

An die Ergebnisse aus der Arbeit mit der Schreibwerkstatt soll angeknüpft werden. Dazu zählt deren Verbreitung an den Schulen und in Fortbildungen.

Durch die Fachberatungsstelle „DaZ in der Schule: Sprachförderung – Sprachbildung - Schulentwicklung“ sollen Fortbildungen zu allen Schwerpunkten der Förderung und zur Handreichung als Grundlage für die flächendeckende Implementierung angeboten werden. Die Sensibilisierung von Fachlehrkräften für die sprachlichen Anteile des Fachs und die daraus resultierende Verantwortung für das sprachliche Vermögen der Schüler soll über Fachkonferenzen und schulinterne Lehrerfortbildung (SchILf) fortgesetzt werden.

Die interkulturelle Ausrichtung der Schulsozialarbeit und Bildungsarbeit muss Eingang in die Konzepte der staatlichen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen finden. Der Aufbau regionaler Netzwerke ist anzustreben. Hierbei sollen interkulturelle und interreligiöse Bildungs- und Informationsangebote der Migrantenselbstorganisationen in Mecklenburg-Vorpommern stärker erfragt und genutzt werden.

Eltern mit Migrationshintergrund müssen stärker in ihrer Verantwortung für den Bildungserfolg ihrer Kinder unterstützt werden. Sie müssen mit dem hohen Stellenwert der Bildung und in diesem Zusammenhang von Kita und Schule vertraut gemacht werden. Durch Aktivitäten an den Schulen, zum Beispiel im Rahmen von Projekten und Festen, werden konkrete Anlässe geschaffen, um Eltern mit Migrationshintergrund am schulischen Leben ihrer Kinder teilhaben zu lassen. Dies schafft Zugänge zueinander, stärkt den Zusammenhalt, die gegenseitige Akzeptanz und bei den Eltern mit Migrationshintergrund das Gefühl, angenommen zu sein.

Durch enge Kontakte und Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen sollen Eltern über die positiven Wirkungen von Bildungsangeboten in Kita und Schule sowie über Mitwirkungsmöglichkeiten in den Schulen noch besser informiert werden.

Auch im Rahmen der Implementierung und Stabilisierung des Schulevaluationssystems soll der Umgang mit migrationsbedingten Herausforderungen - zum Beispiel der zahlenmäßigen Erfassung der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund und der Umsetzung ihrer Förderung - verbessert werden.

Im Rahmen der Evaluationsverfahren gemäß der Verordnung zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung in den Selbstständigen Schulen vom 10. August 2009 (Schulqualitätsverordnung – QualiVO M-V)³⁶ ist die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern in den Qualitätsrahmen des Landes aufgenommen worden und somit Gegenstand der externen Evaluation zur Unterstützung der schulischen Qualitätsentwicklung und der Schulprogrammarbeit. Es wird empfohlen, die Erfahrungen und Kompetenzen der Fachberatungsstelle „DaZ in der Schule: Sprachförderung - Sprachbildung - Schulentwicklung“ bei der Formulierung der Prüfkriterien mit einzu beziehen und die in der Evaluation eingesetzten Personen zum Thema Sprachförderung fortzubilden.

3.2.5 Berufsorientierung, -vorbereitung, -ausbildung

Situation

Berufliche Orientierung, Vorbereitung und Ausbildung und damit auch die Zielgruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind in den vergangenen Jahren stärker in den Fokus von Bundes- und Landesaktivitäten gerückt.

Im „Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland 2007 - 2010“ haben sich Bundesregierung und Wirtschaft verpflichtet, allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen ein Angebot auf Ausbildung zu unterbreiten. Eine Reihe von Maßnahmen für die Übergangphase Schule – Beruf haben die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten im Rahmen der Umsetzung der „Qualifizierungsinitiative Deutschland“ am 22. Oktober 2008 beschlossen. Zu den Schwerpunkten zählen neben der Reduzierung der Zahl der Schulabgänger, die keinen Schul- und Ausbildungsabschluss erreichen, Maßnahmen mit der Wirtschaft, die die Ausbildungskultur im dualen System weiter stärken, die Initiative „Abschluss und Anschluss“, die darauf abzielt, die Ausbildungsvorbereitung und den Übergang in die Berufsausbildung zu verbessern, die modulare Nachqualifizierung und anderes mehr.

In Mecklenburg-Vorpommern wird die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern mit dem am 1. August 2009

37 Die Arbeitslosenquote der Ausländer bezieht sich auf alle zivilen Erwerbspersonen, die Ausländer sind.

in Kraft gesetzten neuen Schulgesetz in allen Schularten in den Vordergrund gerückt. Die „Verordnung über die Flexible Schulausgangsphase in nichtgymnasialen Bildungsgängen an den allgemein bildenden Schulen“ (seit dem 2. August 2009 in Kraft) soll Schülern nach der Jahrgangsstufe 7 innerhalb von mindestens zwei bis maximal vier Jahren ermöglichen, den für sie bestmöglichen Schulabschluss zu erlangen.

Seit dem 2. August 2009 ist die Rechtsvorschrift „Produktives Lernen an den Regionalen Schulen und den nichtgymnasialen Bildungsgängen der Gesamtschulen“ in Kraft. Produktives Lernen verbindet die Entwicklung der individuellen Bildung mit produktiven Tätigkeiten in praktischen Lebenssituationen und fördert die Entwicklung von kommunikativen und sozialen Fähigkeiten sowie von Entscheidungskompetenzen.

Die Berufsorientierung als Teil schulischer Allgemeinbildung basiert im Land fachübergreifend auf der Grundlage der „Richtlinie zur Berufsorientierung an den allgemein bildenden Schulen“ vom 5. Juli 2007 und umfasst sowohl die berufliche Frühorientierung in den Jahrgangsstufen 5 bis 7 als auch die Berufsorientierung ab der Jahrgangsstufe 8.

Als zusätzliche Möglichkeit zur Berufswahlvorbereitung von Schülern in allgemein bildenden Schulen und Förderzentren bietet die Bundesagentur für Arbeit (BA) auf der Grundlage des § 33 SGB III Maßnahmen der erweiterten vertieften Berufsorientierung / Berufswahlvorbereitung an. In diesem Rahmen können die besonderen Bedürfnisse von jugendlichen Migrantinnen und Migranten durch Assessments, Berufsfelderprobung und andere Maßnahmen der Berufswahl- und Entscheidungsfindung berücksichtigt werden. Die Arbeitsagenturen können solche Maßnahmen nur fördern, wenn ein Dritter mindestens 50 % der Kosten kofinanziert. Träger können Schulen, Jugend- und Sozialämter, Kammern, Bildungseinrichtungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, freie und öffentliche Träger der Jugend- und Jugendberufshilfe, Stiftungen oder gemeinnützige Vereine sein. Leider konnten die seitens der BA zur Verfügung gestellten Mittel in den vergangenen Jahren aufgrund fehlender Kofinanzierung nicht voll ausgeschöpft werden.

Die Berufsberatung bietet in Schulen und im Berufsinformationszentrum spezielle Informationsveranstaltungen für Eltern jugendlicher Berufswähler an. Die Beratungsfachkräfte sind über die Angebote der Migrationsberatungsstellen informiert und stellen den Kunden bei Bedarf entsprechende Kontaktlisten zur Verfügung.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus ergänzt den schulischen Bildungsauftrag durch außerschulische Angebote. Mit dem Arbeitsmarktprogramm „Arbeit durch Bildung und Innovation“ (ArBI), dessen Umsetzung 2009 begonnen hat, wurde das Programm zur Berufsfrühorientierung gemeinsam mit den Sozialpartnern fortentwickelt, das Schwerpunkte der Projektförderung in vier Bereichen setzt: im Verbund, in der Freizeit, im Praktikum und als Modellprojekt.

Über das Förderinstrument Berufsfrühorientierung des ArBI (B.1) erhalten Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund ab der Klassenstufe 7 Orientierungshilfen und Beratung für die Berufswahl. Sie gewinnen unter anderem Einblicke in die Berufs- und Arbeitswelt, erfahren Unterstützung in der Berufswegeplanung und in der Fähigkeit, eigene Interessen, Stärken und Potentiale zu erkennen.

Mit dem Programm „Schule plus“ unterstützt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus ergänzende Bildungsangebote außerhalb des Schulunterrichts. Das Programm bietet Kindern und Jugendlichen ab der 5. Jahrgangsstufe die Chance, die Theorie des Unterrichts und Berufsfelder ohne Leistungsdruck in den Bereichen Naturwissenschaft und Technik, Ökonomie, Gesellschaft, Umwelt, Neue Medien sowie Fremdsprachen praktisch zu erleben und erste vorberufliche Erfahrungen zu sammeln. Darunter können auch Angebote gefördert werden, die sich speziell an den Bedarfen von Schülern mit Migrationshintergrund orientieren. Seit dem Inkrafttreten des Programms wurden bis einschließlich zum Schuljahr 2008 / 2009 35 Projekte gefördert, an denen auch Jugendliche mit Migrationshintergrund teilgenommen haben. Für das Schuljahr 2009 / 2010 wurden fünf Projekte mit 68 Teilnehmern beantragt.

Die Berufsfindung und -entscheidung künftiger Nachwuchskräfte und damit auch von Jugendlichen mit Migrationshintergrund wird auch mit der Förderung von Schülerexkursionen durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus unterstützt.

Berufliche Frühorientierung ist auch Bestandteil der Schulsozialarbeit. Die 2009 überarbeiteten Empfehlungen zur Schulsozialarbeit sehen explizit die Integrationsarbeit mit Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache als Aufgabe der Schulsozialarbeit vor.

Als ergänzendes Angebot der Jugendberufshilfe werden durch das Ministerium für Soziales und Gesundheit die Produktionsschulen in Mecklenburg-Vorpommern als Modellprojekte gefördert. In ihnen werden unter anderem auch junge Menschen mit Migrationshintergrund gefördert. Die individuelle Förderung auf der Basis von Förderplänen umfasst Stütz- und Förderunterricht sowie bei Bedarf zusätzlichen Deutschunterricht, in Einzelfällen auch fremdsprachliche (muttersprachliche) Projektarbeit. Die Jugendlichen werden durch Sozialarbeiter vor Ort betreut, die auch Kontakt zu den Eltern halten. Die Produktionsschulen unterhalten ebenso engen Kontakt zu den Jugendmigrationsdiensten, Kompetenzagenturen, Mehrgenerationenhäusern, Berufseinstiegsberatern und anderen Einrichtungen und Institutionen, die sie in ihrer Arbeit mit jungen Menschen und in der Elternarbeit unterstützen.

Jugendliche mit Migrationshintergrund, die noch nicht ausbildungsreif sind, können durch berufsvorbereitende Maßnahmen gemäß §§ 61 ff. SGB III auf eine Ausbildung vorbereitet werden. Im Rahmen der berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme besteht auch für jugendliche Migrantinnen und Migranten ohne

Schulabschluss die Möglichkeit, einen Hauptschulabschluss nachzuholen (§ 61a SGB III).

Jugendlichen mit Migrationshintergrund stehen alle Dienstleistungen der Berufsberatung zur Verfügung. Dazu gehört auch die Vermittlung in betriebliche oder außerbetriebliche Ausbildungsstellen. Im Rahmen der Berufsvorbereitung und der Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen kann den individuellen Bedürfnissen der jugendlichen Migrantinnen und Migranten durch eine sozialpädagogische Begleitung Rechnung getragen werden.

Zur Verbesserung der Ausbildungschancen förderungsbedürftiger junger Menschen wurde mit dem Fünften Gesetz zur Änderung des SGB III als neues Instrument die Berufseinstiegsbegleitung eingeführt (§ 421s SGB III). Im Rahmen einer modellhaften Erprobung unterstützen Berufseinstiegsbegleiter an 29 Schulen des Landes Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen individuell beim Übergang von der Schule in Ausbildung. Die Begleitung beginnt grundsätzlich in der Vorabgangsklasse und endet ein halbes Jahr nach Beginn der beruflichen Ausbildung, spätestens aber 24 Monate nach Beendigung der allgemeinbildenden Schule. Ein Kriterium bei der Auswahl der beteiligten Schulen stellte der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund dar.

Für junge Menschen mit Migrationshintergrund ist die Erlangung deutscher Sprachkenntnisse für die persönliche, soziale und berufliche Entwicklung von größter Bedeutung. Zielgerichtet sollen sowohl allgemeinsprachliche als auch berufs- und berufsfeldbezogene Inhalte erlernt werden. Auf Grund der geringen Anzahl der bei Agenturen / ARGen in Mecklenburg-Vorpommern gemeldeten Migrantinnen und Migranten erfolgt eine Förderung derzeit einzelfallbezogen. Die Agenturen und ARGen informieren unter anderem über Sprachförderungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und über Möglichkeiten der Kombination einer berufsbezogenen Sprachförderung mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten.

Daneben können Agenturen und ARGen auch im Rahmen von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (zum Beispiel berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, ausbildungsbegleitende Hilfen, Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen, Maßnahmen bei einem Träger, Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung) den Erwerb von Sprachkenntnissen fördern, sofern der sprachbezogene Anteil weniger als 50 % der Maßnahme umfasst.

Maßnahmen zum Abbau von Sprach- und Bildungsdefiziten, zur Förderung der Fachpraxis und Fachtheorie und zur sozialpädagogischen Begleitung können entsprechend der §§ 240 ff. SGB III für benachteiligte Jugendliche in außerbetrieblichen Einrichtungen gefördert werden. Dabei können ausbildungsbegleitende Hilfen (fachliche und / oder sozialpädagogische Unterstützung) durch Abschnitte der Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung oder in einer betrieblichen Ausbildung ergänzt werden. Eine berufliche Weiterbildung

kann gemäß §§ 77 ff. SGB III erfolgen, wenn entsprechende Hemmnisse festgestellt wurden.

Jugendliche mit Migrationshintergrund werden an den Berufsschulen statistisch nicht gesondert erfasst. Sie werden in den Regelklassen integriert. Eine Beschulung von jugendlichen Migrantinnen und Migranten erfolgt unter anderem auch an der staatlich genehmigten Ersatzschule in Malchow. Die Berufsschule geht im Unterricht auf migrationspezifische Probleme der Jugendlichen ein und greift interkulturelle Themen auf (gemäß Rahmenlehrplänen der Kultusministerkonferenz (KMK) für die einzelnen Ausbildungsberufe).

Um Jugendliche für eine berufliche Qualifizierung zu motivieren, können im Vorfeld von Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung Aktivierungshilfen in Form von niedrigschwelligen Angeboten in Betracht kommen. Im Einzelfall werden diese auch von jungen Migrantinnen und Migranten genutzt.

Ausbildungsbegleitende Hilfen können jugendliche Migrantinnen und Migranten zum Abbau von Sprach- und Bildungsdefiziten, zur Förderung der Fachpraxis und Fachtheorie und zur sozialpädagogischen Begleitung während einer betrieblichen Ausbildung in einem staatlich anerkannten Ausbildungsberuf nach dem Berufsbildungsgesetz, nach der Handwerksordnung, nach dem Seemannsgesetz oder dem Altenpflegegesetz erhalten.

Im Rahmen der Ausbildungsplatzoffensive der Landesregierung konnten auch Jugendliche mit Migrationshintergrund in die jährlich initiierten Ausbildungsplatzprogramme Ost (APO) aufgenommen werden. Im Rahmen dieser Programme wurden für marktbenachteiligte Jugendliche außerbetriebliche Ausbildungsplätze für eine Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz beziehungsweise der Handwerksordnung beziehungsweise für eine vollzeitschulische Ausbildung bereitgestellt.

Aufgrund der Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Ausbildungsmarkt ist derzeit davon auszugehen, dass die Zahl der unversorgten Bewerber die Anzahl unbesetzter Ausbildungsplatzangebote nicht übersteigen wird. Aus diesem Grunde wurde für die oben genannte Zielgruppe letztmalig das APO 2008 / 2009 aufgelegt.

Um Jugendliche gezielter und passgenauer als bisher bei der Berufswahl zu unterstützen und die Ausbildungsbeteiligung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen, werden die folgenden Bundesprogramme im Land genutzt:

Das Bundesprogramm „Perspektive Berufsabschluss“ dient dem Ziel, über eine abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung Jugendlicher und junger Erwachsener den Anteil an- und ungelerner junger Erwachsener zu senken und ihre Beschäftigungschancen zu erhöhen. In Mecklenburg-Vorpommern werden derzeit drei Projekte gefördert, die vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus begleitet werden.

Das Bundesprogramm „JOBSTARTER – für die Zukunft ausbilden“ dient der Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation von Jugendlichen. Unternehmen sollen für die Ausbildung gewonnen werden und Jugendlichen einen betrieblichen Ausbildungsplatz bieten. Seit 2006 werden im Rahmen dieses Programms insbesondere im Handwerk Projekte gefördert, um berufliche Perspektiven für Migrantinnen und Migranten zu schaffen und das Handwerk bei der Sicherung des akuten Fach- und Führungskräftebedarfes und in Fragen der Unternehmensnachfolge zu unterstützen. Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern unterstützt derartige Projekte unter anderem über entsprechende positive Stellungnahmen gegenüber dem Bund.

Mit dem Bundesprogramm zur „Förderung der Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Bildungsstätten“ soll Jugendlichen allgemein bildender Schulen, vorrangig der Schulformen, die den Hauptschulabschluss anbieten, modellhaft der Übergang von der Schule in eine duale Berufsausbildung vor allem im Handwerk erleichtert und damit ein wirksamer Beitrag zur Verringerung der Zahl der Ausbildungsabbrüche geleistet werden. Jugendlichen wird hier die Gelegenheit gegeben, für zwei Wochen in einer Bildungsstätte praktische Erfahrungen in mindestens drei Berufen zu sammeln. Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern kann für derartige Bundesprojekte Kofinanzierungsmöglichkeiten im Rahmen des Landesprogramms „Berufsfrühorientierung“ bereitstellen, wenn sich die konkreten Projekte in die Landesstrategie zur Berufsorientierung einpassen.

Bezogen auf die Wirtschaft liegen die Schwerpunkte in der verstärkten Kooperation mit Schulen bei der Berufsorientierung, dem Informationsaustausch und der Durchführung von Informationsveranstaltungen. Das Angebot von Betriebspraktika wie auch Lehrerfortbildungsangebote können das Übergangmanagement von der Schule in den Beruf verbessern.

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur unterstützt die Arbeit regionaler Netzwerke, zum Beispiel im Landkreis Parchim und in Neubrandenburg - sowie die aktive Mitwirkung von Schulen - in den regionalen Arbeitskreisen Schule-Wirtschaft.

Insgesamt ist die Situation am Übergang Schule – Beruf im Land geprägt durch große Unterschiede zwischen Stadt und Land und eine Vielzahl von Verantwortlichkeiten. Hinzu kommt, dass die Möglichkeiten der Berufsorientierung und Ausbildung von den Jugendlichen mit Migrationshintergrund teilweise nur wenig mit ihrem individuellen Hintergrund in Verbindung gebracht werden können. Oft wird die Komplexität des deutschen Ausbildungssystems auch von den Eltern nicht überblickt. Für viele Familien verlieren zudem bisherige Erziehungsbilder und Erziehungskompetenzen an Geltung. Das hiesige gesellschaftliche System stellt andere Anforderungen an die Familien. Eine aktive Unterstützung der Berufswahlorientierung und Berufswahlentscheidung ihrer Kinder findet daher eher selten statt.

Als erste Anlaufstellen für nicht mehr schulpflichtige Jugendliche mit Migrationshintergrund empfehlen sich die Jugendmigrationsdienste im Land, die mit Information und fachkundiger Beratung eine Lotsenfunktion in der gesamten Übergangsphase für diese Zielgruppe übernehmen (siehe hierzu auch Kapitel 2.1, 2.2 und 3.2.2). Im Jahr 2009 wurden insgesamt 1.355 junge Menschen mit Migrationshintergrund in den Jugendmigrationsdiensten beraten. Für die bedarfsgerechte individuelle Begleitung der jungen Neuzugewanderten werden sämtliche Angebote in den Blick genommen und die Kooperation mit einer Vielzahl von Trägern angestrebt, unter anderem den Kompetenzagenturen. Im Zeitraum vom 1. September 2008 bis 31. August 2009 waren in den Kompetenzagenturen beispielsweise unter den 1.191 Ratsuchenden 87 Jugendliche mit Migrationshintergrund, was einem Anteil von 7,3 % entspricht. Aus ihrer spezifischen Problemsicht heraus entwickeln die Jugendmigrationsdienste und die Kompetenzagenturen Aktivitäten, um die Ressourcen von jugendlichen Migrantinnen und Migranten gezielter zu nutzen. So legten die Jugendmigrationsdienste in Zusammenarbeit mit den Kompetenzagenturen ein Diskussionspapier mit Empfehlungen für migrantengerechtere Kompetenzfeststellungen vor. Im Rahmen eines Bundesmodellprojekts vertiefte der JMD Schwerin Erfahrungen in der ausbildungsorientierten Elternarbeit.

Zielstellung

- Jugendliche mit Migrationshintergrund werden durch geeignete Maßnahmen bei der Berufsorientierung, -vorbereitung und -ausbildung so gefördert, dass sie entsprechend ihrer persönlichen Eignung und ihrer Bereitschaft mit gleichen Chancen wie einheimische Jugendliche eine berufliche Ausbildung und einen beruflichen Abschluss erlangen.

Maßnahmen

Die Partner des Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland, die Bundesagentur für Arbeit, die Kultusministerkonferenz und die Wirtschaftsministerkonferenz bekennen sich mit ihren gemeinsamen Erklärungen „Berufswegeplanung ist Lebensplanung“ und „Potenziale erschließen, Integration fördern“ dazu, Jugendliche gezielter und passgenauer als bisher bei der Berufswahl zu unterstützen und die Ausbildungsbeteiligung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Die Landesregierung setzt sich dafür ein, diese Erklärungen im Land umzusetzen.

Die Landesregierung verstärkt ihre Anstrengungen,

- die Datenlage zur Situation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund an der Schwelle zur Ausbildung zu verbessern,
- die Koordinierungsfunktion der Integrationsbeauftragten in den Kommunen zu stärken und die Strukturen der Zusammenarbeit zwischen Schule, Jugend- und Sozialarbeit, den Jugendmigrationsdiensten, der BA, den JobCentern,

- den Kammern, den Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden, Unternehmen, Migrantenvereinen, Integrationsbeauftragten und migrationspezifischen Netzwerken am Übergang Schule – Beruf zu verbessern,
- die Ansätze einer migrantengerechteren Kompetenzfeststellung sowie die von den Jugendmigrationsdiensten und den Kompetenzagenturen empfohlenen Maßnahmen weiterzuentwickeln,
- Möglichkeiten der Einbindung bürgerschaftlichen Engagements geeigneter Partner (zum Beispiel Mentoren, Partnerschaften aus Unternehmen) in die schulische Arbeit / Schulsozialarbeit zu erschließen und zu nutzen und
- die Partner für die spezifischen Belange von jugendlichen Migrantinnen und Migranten und ihrer Eltern durch Fortbildungskonzepte und Kooperation zu sensibilisieren.

Die Landesregierung will das Engagement für die berufliche Qualifizierung und Integration von ausbildungswilligen jungen Menschen mit Migrationshintergrund intensivieren und die im Nationalen Integrationsplan festgehaltenen Maßnahmen und Aktivitäten soweit wie möglich unterstützen.

Genutzt werden sollen hierzu auch weiterhin bestehende oder künftige Modellprojekte, die auf die Zielgruppe fokussiert sind und die viele Partner beteiligen. Künftig muss es noch mehr darum gehen, die vielfältigen Maßnahmen und Angebote so miteinander zu vernetzen, dass die Effektivität der Programme erhöht werden kann. Zur Verbesserung der Ausbildungschancen förderungsbedürftiger junger Menschen wird die Berufseinstiegsbegleitung zunächst bis 2013 weiter fortgesetzt. Damit werden auch junge Menschen mit Migrationshintergrund individuell beim Übergang von der Schule in Ausbildung unterstützt.

Die Effektivität vieler Maßnahmen kann erhöht werden, wenn mit ihnen möglichst frühzeitig begonnen wird. Eine migrantengerechte Kompetenzfeststellung sollte bereits in der Schule angestrebt werden.

Ab Februar 2010 wird an allen Schulen der Sekundarstufe I des Landes ein Lehrer in einer zweijährigen Fortbildung zum Kontaktlehrer qualifiziert, die Förderung von Migrantinnen und Migranten und die Zusammenarbeit mit deren Eltern wird Bestandteil der Fortbildung sein.

Im Rahmen des seit 2009 mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) umgesetzten Programms „Berufsfrühorientierung“ (BFO) soll bei den Trägern der außerschulischen BFO das Bewusstsein für die migrationspezifischen Besonder-

heiten geschärft werden. Die Gewinnung von Interessenten aus dem Kreis der Migranten erfordert verstärkte Ansprache und gezielte Einbeziehung der Eltern, gegebenenfalls auch zusätzliche Impulse seitens der Träger. Durch gemeinsame Veranstaltungen für Träger und Partner soll eine stärkere Sensibilisierung erreicht werden.

Die Freiwilligendienste Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ), Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ), Freiwilliges Kulturelles Jahr (FKJ) sollen Zugewanderte mehr als bisher in die entsprechenden Aufgabenbereiche einführen und sie mit deren Themen vertraut machen.

Durch die stärkere Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen und Jugendmigrationsdiensten soll der Informationsbedarf von Jugendlichen mit Migrationshintergrund genauer ermittelt, die Unterstützerstrukturen im Übergang Schule – Beruf verbessert und eine migrantensensible „Aufmerksamkeitskultur“ etabliert werden.

3.2.6 Eingliederung in den Arbeitsmarkt und berufliche Selbständigkeit

Situation

Die Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern in Mecklenburg-Vorpommern ist seit dem ersten Quartal 2006 von 3.119 (0,6 % aller Beschäftigten) auf 5.066 im 2. Quartal 2009 (1,0 % aller Beschäftigten) gestiegen. Damit hat sich der Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländerinnen und Ausländer im Land etwas stärker als im übrigen Bundesgebiet Ost (einschließlich Berlin) erhöht, wo dieser Anteil im selben Zeitraum von 2,0 % auf 2,3 % gestiegen ist.

Während die Arbeitslosenquote der Ausländerinnen und Ausländer³⁷ von Mai 2007 bis Januar 2010 bundesweit von 17,9 auf 17,2 und in den neuen Ländern von 29,5 auf 26,5 gesunken ist, wird für Mecklenburg-Vorpommern eine Verringerung der Arbeitslosenquote von 27,8 auf 23,8 ausgewiesen.³⁸ Die Arbeitslosenquote insgesamt in Mecklenburg-Vorpommern verringerte sich in diesem Zeitraum von 16,6 auf 15,0.

Im Januar 2010 waren im Land 6.257 arbeitslose Personen mit Migrationshintergrund registriert. Zu berücksichtigen ist, dass diese Zahl kein vollständiges Bild bezogen auf die Gruppe der Migrantinnen und Migranten ergibt, da der Migrationshinter-

38 Alle Angaben sind der Statistik der Bundesagentur für Arbeit entnommen.

grund nicht in jedem Fall erfasst wird³⁹ und die sogenannten Optionskommunen, in Mecklenburg-Vorpommern derzeit nur Ostvorpommern, keine Migrationsinformationen an die zentrale Statistik liefern.⁴⁰

Eine Reihe von arbeitsmarktpolitischen Regelinstrumenten erleichtert die Eingliederung am Arbeitsmarkt. Arbeitssuchenden mit und ohne Migrationshintergrund stehen grundsätzlich sowohl die Fördermöglichkeiten des SGB III und SGB II als auch die des Operationellen Programms des ESF für den Zeitraum 2007 bis 2013 und des Programms „Arbeit durch Bildung und Innovation“ (ArBI) zur Verfügung.

Aufgrund des geringen Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund an der Einwohnerzahl insgesamt stellen sich jedoch spezifische Herausforderungen an die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund, vor allem in den ländlichen Regionen des Landes mit schwächeren infrastrukturellen Bedingungen.

Die Regeldienste verfügen häufig über keine vertieften Erfahrungen mit der Integration der Zielgruppe der Menschen mit Migrationshintergrund. Unsicherheiten hinsichtlich der Rechtsstellung und der Lebenssituation sowie der zum Teil sehr speziellen Möglichkeiten der Anerkennung und Nutzung im Ausland erworbener Qualifikationen stellen sowohl Migrantinnen und Migranten als auch Beratende vor Probleme. Schwierigkeiten beim Zugang zu Förderangeboten ergeben sich oft schon aufgrund von Sprachbarrieren und Informationsdefiziten, gegebenenfalls auch aus Unsicherheit gegenüber den Behörden.

Auch für den Arbeitsmarktzugang relevante aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen haben Einfluss auf die Beschäftigungsmöglichkeiten. Vor dem Hintergrund der gesetzlichen Bleiberechtsregelung und des Innenministerkonferenz-Beschlusses vom 4. Dezember 2009⁴¹ gewinnt die Zielgruppe der Bleibeberechtigten und Flüchtlinge an Bedeutung, der bisher aufgrund des faktischen Arbeitsverbotes, des nachrangigen Zugangs zum

Arbeitsmarkt, struktureller und individueller Benachteiligungen die Partizipation an entsprechenden Angeboten überwiegend versagt blieb. Die Situation bleibeberechtigter Flüchtlinge ist teilweise durch besonders ungünstige Voraussetzungen wie fehlende Bildungsabschlüsse und Analphabetismus geprägt. Daneben bestehen in der Regelversorgung Unsicherheiten bezüglich der Rechtsstellung und des Arbeitsmarktzugangs dieser speziellen Teilgruppe.

Die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten am Arbeitsmarkt ist durch das Fehlen einer einheitlichen und transparenten Anerkennungs- und Bewertungspraxis von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen erschwert. Die Anerkennungspraxis ist durch die Vielfalt von Zuständigkeiten, uneinheitlichen gesetzlichen Regelungen und intransparenten Verfahrensweisen gekennzeichnet. Wenn Migrantinnen und Migranten dennoch eine Arbeitsstelle finden, entspricht diese oft nicht ihrer Qualifikation. Eine große Barriere stellen häufig eingeschränkte deutsche, insbesondere berufsbezogene Sprachkenntnisse dar.

Die Zielgruppe der Migrantinnen und Migranten ist heterogen, nicht nur mit Blick auf Herkunft, ausländerrechtliche Aufenthaltssituation und Dauer des bisherigen Aufenthaltes in Deutschland. Individuelle Bildungsunterschiede erfordern ein breites Spektrum von Angeboten, das von Alphabetisierungskursen bis hin zur speziellen beruflichen Förderung reicht. Im Fall einer Teilanerkennung der Berufsabschlüsse sollen sie nach Möglichkeit auf die volle Anerkennung des Berufs- beziehungsweise Bildungsabschlusses hinführen.

Für die Arbeitsmarktintegration sind häufig verschiedene aufeinander abgestimmte Leistungen erforderlich. Die Praxis zeigt, dass viele Arbeitssuchende mit Migrationshintergrund einen sehr spezifischen Informations- und Beratungsbedarf haben.

In Mecklenburg-Vorpommern wird der Zugang von Migrantinnen und Migranten zu den Regelinstrumenten der Arbeits-

39 Das Merkmal „mit Migrationshintergrund“ fasst alle Arbeitslosen zusammen, die zum Zeitpunkt der Arbeitslosigkeit als Ausländer oder Spätaussiedler gekennzeichnet sind und solche, die dies zum Zeitpunkt der Arbeitslosigkeit nicht sind, aber innerhalb der Bundesagentur für Arbeit Geschäftsdaten seit Beginn der Arbeits- / Ausbildungssuche (maximal seit 12 / 1996) einmal als Ausländer oder Spätaussiedler gekennzeichnet waren. Weitere Informationen, wie zum Beispiel Geburtsland oder Geburtsland der Eltern, die einen umfassenderen Rückschluss auf einen eventuell vorhandenen Migrationshintergrund zulassen würden, liegen im Rahmen der Bundesagentur für Arbeit Geschäftsdaten nicht vor. Mit der Darstellung über Einreisestatus und Staatsangehörigkeit kann nur ein Teil der Gruppe mit Migrationshintergrund abgebildet werden. Diese Definition weicht daher vom Begriff des Statistischen Bundesamtes ab.

40 Zu berücksichtigen ist weiterhin, dass eine nicht unerhebliche Zahl von Migrantinnen und Migranten auch aus anderen Gründen nicht von der Arbeitslosenstatistik erfasst wird, etwa wenn Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) oder dem SGB XII bezogen werden.

41 Die Innenminister und -senatoren haben im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern in Bezug auf die zum 31.12.2009 ausgelaufenen Aufenthaltserlaubnisse „auf Probe“ gemäß § 104a Absatz 1 Satz 1 Aufenthaltsgesetz Anschlussregelungen beschlossen. Diese sehen unter anderem vor, dass Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis auf Probe (§ 104a Absatz 1 Satz 1 Aufenthaltsgesetz), die am 31.12.2009 mangels Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben zur Lebensunterhaltssicherung nicht gemäß § 104 Absatz 5 Aufenthaltsgesetz verlängert werden konnte, für die Dauer von zwei Jahren eine Aufenthaltserlaubnis „auf Probe“ nach § 23 Absatz 1 Satz 1 Aufenthaltsgesetz erlangen können. Sie müssen dafür nachweisen, dass sie sich um die Sicherung des Lebensunterhalts für sich und etwaige Familienangehörige durch eigene Erwerbstätigkeit bemüht haben. Ebenso muss die Annahme gerechtfertigt sein, dass der Lebensunterhalt nach diesen zwei Jahren eigenständig durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit gesichert sein wird.

förderung mit speziellen individuellen Informations- und Beratungsangeboten unterstützt.

So wird mit migrationspezifischen Beratungsangeboten – finanziert durch Bund, Land, Träger und Kommunen – im Land eine bedarfsorientierte Einzelfallbegleitung geleistet, die mit Sondierungsgespräch, individueller Sozial- und Kompetenzanalyse, Integrations- und Förderplan auch die Auslotung einer beruflichen Perspektive bis zur Hinführung zu integrationsfördernden Maßnahmen umfasst (siehe hierzu auch Kapitel 2.1, 2.2 und 3.2.2).

Als Schwerpunkt der Landesförderung gewährt das Ministerium für Soziales und Gesundheit darüber hinaus seit 2006 Zuwendungen für drei Integrationsfachdienste Migration (IFDM) in den Regionen Westmecklenburg, Mittleres Mecklenburg/Nordvorpommern und Mecklenburgische Seenplatte/Vorpommern, die sich ganz speziell der arbeitsmarktbezogenen Beratung und Begleitung widmen. Als Schaltstelle der individuellen beruflichen Integration arbeiten die Fachdienste mit Migrationsberatungsstellen, Jugendmigrationsdiensten, Arbeits- und Sozialverwaltung sowie Bildungs- und Integrationskursträgern, Migrantenselbstorganisationen, Religionsgemeinschaften, Kammern, berufsständischen Fachverbänden zusammen. Durch die Integrationsfachdienste Migration und ihre Partner werden alle Arbeit suchenden Zugewanderten in einem individuellen, migrantenspezifischen und gegebenenfalls mehrstufigen Verfahren auf ihre Kompetenzen geprüft und können beruflich und sprachlich qualifiziert werden. Die IFDM begleiten aufeinander aufbauende Schritte der beruflichen Integration und binden hierbei aktuelle Angebote der Arbeitsintegration, Bildung und Integrationskurse mit ein. Durch dezentrale Angebote der Beratung werden auch Menschen im ländlichen Raum erreicht.

Vom 1. August 2006 bis zum 31. Dezember 2009 erhielten 2.606 Personen durch die drei Integrationsfachdienste Migration Beratung und Unterstützung bei ihrer Berufswegeplanung. 922 Personen (35,4 % der Nutzer) konnten in diesem Zeitraum in sprachliche Qualifizierungen und 994 Personen (38,1 % der Nutzer) in berufliche Qualifizierungen vermittelt werden, wobei diese unter anderem auch durch die IFDM selbst in Zusammenarbeit mit den Bildungseinrichtungen und unter Nutzung verschiedener Programme der Europäischen Union, des Bundes oder des Landes initiiert wurden. 305 Personen (circa 11,7 % der Nutzer) konnten eine Erwerbstätigkeit aufnehmen.

Die flächendeckende Arbeit der drei Integrationsfachdienste Migration wirkt impulsgebend auf dem Sektor der Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten, stärkt die interkulturelle Kompetenz und Öffnungsbemühungen aller Dienstleister am Arbeitsmarkt und fördert deren Zusammenarbeit mit Akteuren der Integrationsarbeit.

Über die Integrationsrichtlinie im Rahmen des Operationellen Programms des Europäischen Sozialfonds gewährt das Land

Zuwendungen für ganzheitliche Ansätze, die Beratung, Information und Eingliederung verbinden, um so langzeitarbeitslose Frauen und Männer mit besonderen Vermittlungshemmnissen an eine dauerhafte, sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit heranzuführen. Langzeitarbeitslose Migrantinnen und Migranten gehören zur Zielgruppe dieser Förderung. Im Jahr 2010 wurden insgesamt 44 Integrationsprojekte mit rund 3,1 Millionen Euro gefördert.

Darunter fördert das Land seit Beginn des Jahres 2009 ein spezielles Projekt in den Landkreisen Güstrow, Bad Doberan, Nordvorpommern und Ludwigslust sowie in den kreisfreien Städten Rostock und Schwerin mit dem Ziel, die beruflichen Chancen von Zugewanderten und die Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu verbessern. Es vereint erstmals alle staatlichen Akteure und Projekte im Bereich der beruflichen Integrationsförderung, sorgt für eine koordinierte Begleitung der Kunden und legt ein verbindliches und transparentes Verfahren fest. Mit den Integrationsfachdiensten hat sich im Rahmen dieses gemeinsamen Programms „Integration durch individuelle berufliche Qualifizierung“ (IBQ) eine gute Zusammenarbeit entwickelt. Ziel des Projektes ist es, die Vermittlungschancen auf dem ersten Arbeitsmarkt für diese Personengruppe nachhaltig zu erhöhen. Zu den Aufgaben des so aufgebauten Netzwerkes gehören unter anderem die Erstellung von Berufswegeplänen, die Durchführung von Sprachkursen mit Partnern, die Unterstützung bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, die Vermittlung in Integrationskurse und berufliche Qualifizierungsmaßnahmen sowie Unterstützung bei der Suche nach Praktikumsplätzen.

Von den 530 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Jahr 2010 mit Migrationshintergrund konnten rund 15 % auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. 5 % begannen eine berufliche Qualifizierung. Insgesamt konnten für 48 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer neue Wege hin zur Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit eröffnet werden.

Das Erfordernis einer passgenauen Beratung und Qualifizierung schließt auch die Nutzung von Existenzgründerpotenzialen bei Migrantinnen und Migranten mit ein.

Im Fokus des 2007 neu ausgerichteten Konzeptes Existenzgründerförderung in Mecklenburg-Vorpommern stehen die Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt und die Nachhaltigkeit der Gründung. Dazu sollen die Existenzgründer / -innen unter anderem möglichst gut vorbereitet in die Gründung gehen. Das neue Existenzgründer-Programm TIP (transparent, innovativ und passgenau) begleitet Gründungswillige von der Idee über das Konzept bis zur Gründung selbst und weiter bis in die Expansionsphase. Über die Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und die Gesellschaft für Struktur- und Arbeitsmarktentwicklung erfolgt eine wegweisende Erstberatung der Gründungsinteressierten. Die Qualifizierung der Existenzgründerinnen und -gründer erfolgt über das System der Bildungsschecks.

Da einzelne Zielgruppen von TIP einer komplexeren Begleitung in die Selbständigkeit bedürfen, bietet das Existenzgründerprogramm auch die Möglichkeit der Projektförderung. Seit 2007 werden Existenzgründerinnen mit Migrationshintergrund speziell durch ein umfangreiches Seminarangebot, Workshops sowie Einzel- und Kleingruppentraining auf die Gründung eines eigenen Unternehmens und ihre Tätigkeit als Unternehmerin vorbereitet. Aus diesem Projekt ging das vom Land geförderte Informations- und Qualifizierungszentrum für Frauen und Männer mit Migrationshintergrund hervor. Gründungswillige Migrantinnen und Migranten werden beispielsweise in einem Projekt auf dem Weg zur Gründung der eigenen wirtschaftlichen Existenz betreut. Neben fachlichen Inhalten zur Existenzgründung haben die Teilnehmenden hier unter anderem die Möglichkeit, auch ihre fachbezogene Sprachkompetenz weiter auszubauen. Ferner gehört zu den Projekthinhalten auch das interkulturelle Training. Themen sind unter anderem: Besonderheiten im Umgang mit dem Kunden, das Verbraucherverhalten oder behördliche Gegebenheiten in Deutschland.

In Beratungsgesprächen und Gruppeninformationen werden Förderungen der Existenzgründung vorgestellt. Daneben wird in Einzelgesprächen der individuelle Förderbedarf geklärt, es werden Angebote von Seminaren unterbreitet und erste Kontakte zu Netzwerkpartnern wie Kammern und Beratungsstellen hergestellt. Eine enge Kooperation besteht auch mit der KfW Mittelstandsbank, die ESF-Coaching für Existenzgründer und Selbständige anbietet. Allerdings ist die Nutzung durch Zugewanderte rückläufig.

Der Einsatz der Mittel des Europäischen Sozialfonds konzentriert sich auf die Vorhaben, die nicht Gegenstand der gesetzlichen Förderung nach dem SGB III und dem SGB II sind. Er ist unter anderem an den Grundsatz der Komplementarität gebunden. Aus diesem Grunde erfolgt zwischen Bund und Ländern eine Abstimmung und Koordination des ESF-Einsatzspektrums.

Mit Blick auf das dem Bund zur Verfügung stehende größere Mittelvolumen erfolgt die Förderung von berufsbezogenen Sprachkursen für Migrantinnen und Migranten seit 2009 aus ESF-Mitteln des Bundes durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Ziel ist es, die berufsbezogene Kompetenz zu stärken, um die Vermittlung in Beschäftigung zu erreichen. Die Umsetzung des Programms erfolgt in drei Fördergebieten. Im Fördergebiet Mittleres Mecklenburg wurden 2009 zwei Kurse in Rostock abgeschlossen, im Fördergebiet Westliches Mecklenburg drei Kurse in Schwerin, Hagenow und Parchim. Im Fördergebiet Vorpommern sind vier Kurse in Anklam, Wolgast, Neubrandenburg und im Landkreis Uecker-Randow zustande gekommen.

In der neuen Förderperiode 2007 bis 2013 des ESF wurde die gesamte Förderpolitik am Oberziel der Steigerung der Wirtschaftskraft sowie der Schaffung und Sicherung dauerhafter Arbeitsplätze durch nachhaltiges Wachstum ausgerichtet. So bildet beispielsweise die Kompetenzentwicklung in Unternehmen einen Schwerpunkt. Im Mittelpunkt der Qualifizierung der

Beschäftigten steht hier die Vermittlung von Qualifikationen, die die Beschäftigten und die Unternehmen befähigen, innovative Produkte zu entwickeln und mit ihnen neue Märkte zu erschließen. Diese Förderung erfolgt erstmals über das Instrument der Bildungsschecks auf der Grundlage der mit Wirkung vom 8. Dezember 2008 in Kraft getretenen Richtlinie zur Förderung der Kompetenzentwicklung in Unternehmen. Dieses Instrumentarium kann insbesondere auch Unternehmen mit Beschäftigten mit Migrationshintergrund zusätzliche Chancen bieten, die Handlungskompetenzen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erweitern.

Auf der Grundlage der mit Wirkung vom 8. Dezember 2008 in Kraft getretenen Richtlinie zur Förderung der Qualifizierung von Arbeitslosen gewährt das Land nachrangig zur gesetzlichen Förderung nach dem SGB III und dem SGB II unter anderem Zuwendungen, um arbeitslose Fachkräfte mit Migrationshintergrund am Fachkräftebedarf der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern ausgerichtet zu qualifizieren und vorrangig in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

So wird aus dieser Richtlinie beispielsweise das Projekt „INTEGRA 2008“ gefördert, in dem 72 Migrantinnen und Migranten auf eine externe Gesellenprüfung vorbereitet werden. Dieses Projekt einer Handwerkskammer wird in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen JobCentern und dem Integrationsfachdienst Migration umgesetzt. Hier werden beispielsweise in Einzelgesprächen die persönlichen Voraussetzungen geklärt. Darüber hinaus erfolgt eine ständige Betreuung während der Ausbildung und im Praktikum sowie eine Unterstützung bei der Suche nach Arbeitsplätzen im Handwerk. Das Projekt schließt an die Erfahrungen des Vorgängerprojekts an, in dem die 48 Teilnehmer überwiegend erfolgreich die Gesellenprüfung abgelegt haben und in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden konnten.

In Zuständigkeit des Bundesministerium für Arbeit und Soziales werden Förderprogramme umgesetzt, die sich speziell an Menschen mit einem Migrationshintergrund richten. Dazu zählen neben dem Programm zur „Stärkung der berufsbezogenen Sprachkompetenz für Personen mit Migrationshintergrund“ das „Programm zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt“ sowie das Bundesprogramm „XENOS“.

Im Rahmen des „Programms zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt“ wurde im Land das Projekt „Netzwerk für Flüchtlinge“ initiiert, das seit 2009 beim Integrationsfachdienst Migration in den Regionen Westmecklenburg und Mittleres Mecklenburg in Kooperation mit dem Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern umgesetzt wird. Das Netzwerk unterstützt Bleibeberechtigte nach der gesetzlichen Altfallregelung für langjährig Geduldete und Personen mit Flüchtlingshintergrund, die einen nachrangigen Arbeitsmarktzugang haben, auf ihrem Weg in Arbeit und Ausbildung.

Im Rahmen des Bundesprogramms „XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt“ (2007-2008) zielten vier der neun Projekte in Mecklenburg-Vorpommern auf eine Verbesserung der Integration von Migrantinnen und Migranten ab und dienen unter anderem auch der Stärkung und Ergänzung der Arbeitsmarktintegration beziehungsweise der Sensibilisierung in diesem Umfeld. Darüber hinaus sind aus dem XENOS-Programm „Integration und Vielfalt“ (2009 - 2012) unter anderem drei Projekte entstanden, die ganz unmittelbar die landesseitig geförderten Integrationsfachdienste Migration ergänzen und stärken und von ihnen maßgeblich mit initiiert wurden. Das Projekt „Gesundheit.Vielfalt.Zukunft“ dient der arbeitsmarktlichen Integration der Zielgruppe und korrespondiert – in Bezug auf die interkulturelle Öffnung der Gesundheitswirtschaft und die Sicherung von Personal im Gesundheitswesen – mit dem Masterplan Gesundheitswirtschaft Mecklenburg-Vorpommern (siehe auch Kapitel 3.2.9). Die Programme werden aus Mitteln des ESF gefördert, die dem Bund bis 2013 zur Verfügung stehen. Die Länder sind in die Umsetzung der Programme eingebunden.

Darüber hinaus verfügt der Bund über eine Vielzahl von Programmen zur Umsetzung der Ziele der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung, die unter anderem auch die Unterstützung von Vorhaben zur Integration von Menschen mit einem Migrationshintergrund ermöglichen. Für den Bereich der beruflichen Bildung sind hier beispielhaft die Programme „Jobstarter“ und „Perspektive Berufsabschluss“ zu nennen. Auch diese Programme werden aus Mitteln des ESF gefördert und orientieren sich an der Laufzeit der aktuellen Förderperiode bis 2013 (siehe hierzu Kapitel 3.2.5).

Zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen und Berufsabschlüssen hat die Bundesregierung am 9. Dezember 2009 ein Eckpunktepapier verabschiedet. Bund und Länder haben sich im Vorfeld im Rahmen von Fachministerkonferenzen (KMK, Int-MK, Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK), Wirtschaftsministerkonferenz (WMK)) zu erforderlichen gemeinsamen Schritten verständigt. Die im Februar 2009 unter Leitung der Kultusministerkonferenz eingesetzte Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Anerkennungsverfahren“ im Rahmen der Qualifizierungsinitiative für Deutschland, in der auf Länderseite auch Vertreter der ASMK und der WMK mitwirken, hat einen Bericht zur Verbesserung der Anerkennungsverfahren ausländischer Bildungszeugnisse vorgelegt und koordiniert gegenwärtig die Prüfung der weiteren Umsetzungsschritte des Bundes und der Länder.

In der Zuständigkeit des Landes liegt die Anerkennung der im Ausland erlangten schulischen Abschlüsse durch das Bildungs-

ministerium. Gemäß § 68 Schulgesetz erfolgt die Anerkennung durch die oberste Schulbehörde. Dabei ist von der Bewertung der Abschlüsse und Berechtigungen durch die Herkunftsländer auszugehen. Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn die Anforderungen an den Erwerb der Abschlüsse und Berechtigungen offensichtlich ungleichwertig sind gegenüber den Abschlüssen und Berechtigungen, die durch oder aufgrund dieses Gesetzes geregelt sind.

Ebenfalls in der Zuständigkeit des Landes liegt beispielsweise die Anerkennung von Lehrerabschlüssen von Staatsangehörigen eines Landes, das nicht Mitgliedstaat der Europäischen Union ist. Ob eine Gleichstellung des ausländischen Lehrerabschlusses mit einem Lehramt nach den Bestimmungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern erfolgen kann, wird im Anerkennungsverfahren auf der Grundlage der in Mecklenburg-Vorpommern geltenden Lehrerausbildungsvorschriften⁴² geprüft. Eine Beschäftigung im Schuldienst des Landes Mecklenburg-Vorpommern kann auch unabhängig von einem Anerkennungsverfahren bei einem vorhandenen Bedarf und der Erfüllung der entsprechenden Einstellungsvoraussetzungen erfolgen.

Die Anerkennung von Berufsabschlüssen im Bereich des Gesundheitswesens liegt im Zuständigkeitsbereich des Landesprüfungsamtes für Heilberufe im Landesamt für Gesundheit und Soziales Mecklenburg-Vorpommern. Für die Anerkennung von EU-Abschlüssen beziehungsweise von Abschlüssen, die in Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erlangt wurden, ist eine Überprüfung der Gleichwertigkeit relativ unkompliziert möglich. Die Überprüfung der Gleichwertigkeit von in Nicht-EU-Ländern erworbenen Ausbildungen im Gesundheitswesen gestaltet sich hingegen schwieriger. Ein Bildungsunternehmen in Stralsund bietet für Pflegeberufe entsprechende Anpassungslehrgänge an, die gut angenommen werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Lehrgänge bestehen die Kenntnisüberprüfung meist auf Anhieb und finden schnell eine erste Anstellung. Bedauerlicherweise gehen sie meist in ein anderes Bundesland. In Mecklenburg-Vorpommern wurden durch das Landesprüfungsamt für Heilberufe beim Landesamt für Gesundheit und Soziales im Jahr 2008 an Antragsteller, die keine deutsche Staatsangehörigkeit hatten,

- 138 Berufserlaubnisse und 52 Approbationen an Ärzte, Zahnärzte und Apotheker sowie
- 24 Erlaubnisse zur Führung einer Berufsbezeichnung überwiegend in einem Pflegeberuf erteilt, die zuvor durch einen Anpassungslehrgang auf die Kenntnisüberprüfung vorbereitet wurden.

42 „Verordnung über die Ausbildung von Lehrern für die öffentlichen Schulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern - Lehrerausbildungsverordnung - LAVO“ vom 9. Juli 1991 (GVOBl. M-V S. 317), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20. Oktober 1999 (GVOBl. M-V S. 603), „Verordnung über die Erste Staatsprüfung für Lehramter an Schulen im Lande Mecklenburg-Vorpommern ab Matrikel 2000 (Lehrerprüfungsverordnung 2000 - LehPrVO 2000 M-V)“ vom 7. August 2000 (GVOBl. M-V S. 393), zuletzt geändert durch Verordnung vom 21. Juni 2006 (GVOBl. M-V S. 509)

Die Zuständigkeit von Berufsabschlüssen im Bereich des Veterinärwesens liegt beim Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz. So wurden in den Jahren 2006 bis 2010 für Migrantinnen und Migranten

- 3 Erlaubnisse zur vorübergehenden Ausübung des tierärztlichen Berufes,
- 3 Verlängerungen zur vorübergehenden Ausübung des tierärztlichen Berufes sowie
- 12 Approbationen als Tierarzt / Tierärztin in Mecklenburg-Vorpommern erteilt.

Die IntegrationsFachDienste Migration und die Migrationsberatungsdienste begleiten die Anerkennungsverfahren von im Ausland erworbenen Abschlüssen. Da es in Bezug auf die Anerkennung der Abschlüsse keine einheitlichen Regelungen und gesetzlichen Grundlagen gibt, unterstützen die IntegrationsFachDienste Migration in den Regionen Mittleres Mecklenburg / Nordvorpommern und Mecklenburgische Seenplatte / Vorpommern durch ihre Mitarbeit im bundesweiten Netzwerk „Integration durch Qualifizierung“ (IQ)⁴³ die Bemühungen um einheitliche Regelungen zur Anerkennung und Gewinnung der mitgebrachten Kompetenzen.

Zielstellungen

- Hauptziel der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik der Landesregierung ist die verstärkte Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt sowohl für einheimische als auch für zugewanderte Erwerbsfähige.
- Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sollen alle integrationspraktischen Maßnahmen und Vorhaben mit Bezügen zum Arbeitsmarkt noch effektiver auf eine deutliche Erhöhung der Beschäftigtenquote und auf die Nutzung jeglicher qualifikatorischer Potenziale der Migrantinnen und Migranten ausgerichtet werden.
- Ziel ist es, die Aktivitäten der integrationsfördernden Institutionen und Partner in Mecklenburg-Vorpommern noch stärker auf die Bewältigung der aktuellen und künftigen arbeitsmarktlichen Herausforderungen, wie etwa den sich abzeichnenden Fachkräftemangel, auszurichten. Bisherige spezifische Integrationserfahrungen sollen für möglichst zügige, nachhaltige und noch stärker unternehmensorientierte Problemlösungen genutzt werden.
- Ziel ist es weiterhin, die auf der Bundesebene laufenden Prozesse rechtlicher Rahmenseetzungen, etwa der Anerkennung von Berufsabschlüssen, in engem Zusammenwirken mit der Wirtschaft zu befördern.

Maßnahmen

Die Verbesserung der beruflichen Integration von Zugewanderten und die Erhöhung ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind wichtige Schwerpunkte der Integrationsförderung.

Die demografische Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern und der sich abzeichnende Fachkräftemangel in einigen Wirtschaftsbranchen verlangen die optimale Nutzung der Potenziale der hier lebenden Migrantinnen und Migranten sowie der deutschen Staatsangehörigen, die Abschlüsse im Ausland erworben haben. Die Landesregierung unterstützt die von der Bundesregierung beabsichtigte Schaffung eines gesetzlichen Anspruchs auf ein Verfahren zur Anerkennung von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen und Abschlüssen. Mit dem Ziel einer besseren Transparenz für die Zugewanderten und Arbeitgeber sollen auch im Land Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Informations- und Beratungsleistungen, Anerkennungsverfahren, Nachqualifizierungen unter anderem unbürokratisch und vernetzt gehandhabt werden.⁴⁴

Angesichts schwieriger Integrationsbedingungen in Mecklenburg-Vorpommern sollen insbesondere durch die Nutzung und Verzahnung von Fördermöglichkeiten des Landes, des Bundes und der EU in der Arbeitsmarktintegration Ressourcen zielorientiert gebündelt werden. In diesem Zuge setzt sich das Land dafür ein, dass die bisher erfolgreich erprobten Strategien, Konzepte und Instrumente den aktuellen Erfordernissen entsprechend weitergeführt werden. Kernpunkte bilden die spezifische Beratung von Migrantinnen und Migranten, Unternehmen und Behörden sowie bedarfsgerechte Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, unter anderem zur Verbesserung der beruflichen Sprachkenntnisse der Zugewanderten.

Bei der Förderung der beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten setzt die Landesregierung einen Schwerpunkt auf die Stabilisierung und die inhaltliche Weiterentwicklung der mit den drei IntegrationsFachDiensten Migration (IFDM) entstandenen zielgruppenspezifischen Angebotsstruktur im Land.

In der Zusammenarbeit mit den Arbeits- und Sozialverwaltungen, insbesondere den ARGEn, treten die IFDM dafür ein, dass die integrationsfördernden Unterstützungsleistungen gemeinsam mit allen anderen Dienstleistern am Arbeitsmarkt individuell in aufeinander aufbauenden zielorientierten Prozessschritten organisiert werden und auf die gleichen Ziele im Beratungsprozess ausgerichtet werden. Das zwischen den An-

⁴³ Das Beratungs- und Informationsnetzwerk Integration durch Qualifizierung (IQ) entwickelt im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums und der Bundesagentur für Arbeit Strategien zur Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten in den sechs Handlungsfeldern Beratung, Kompetenzfeststellung, Qualifizierung, Berufsbezogenes Deutsch, Interkulturelle Öffnung und Existenzgründung.

⁴⁴ Vergleiche Beschluss der 5. IntMK zu TOP 12 „Verbesserung der Anerkennung ausländischer Qualifikationen“ vom 19. März 2010

gebotsträgern und den IFDM abgestimmte Qualifizierungsverfahren soll weiterentwickelt und vorangetrieben werden.

Ein chancengerechter Zugang für Migrantinnen und Migranten erfordert sachkundige spezifische Beratung, die in der gesamten Prozesskette fest verankert sein muss. Die IntegrationsFachDienste Migration koordinieren und fungieren als neutraler Moderator, da sie selbst nicht als Maßnahmeträger eingebunden sind, und bringen ihre spezifischen Erfahrungen und Zugänge zu den Migrantinnen und Migranten ein.

Diesem Ziel dient unter anderem das vom Ministerium für Soziales und Gesundheit geförderte modellhafte Integrationsprojekt „Integration durch individuelle berufliche Qualifizierung – IBQ“.

Neben der verbindlichen Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen den ARGEn, den IntegrationsFachDiensten Migration, Bildungsträgern, Unternehmen und Kammern ist auch die interkulturelle Sensibilisierung in Arbeits- und Sozialverwaltung weiter zu entwickeln. Die auf Bundesebene entwickelten Standards und Instrumente des IQ-Netztes sollen für diese Arbeit genutzt werden.⁴⁵

Um die gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten mit Behinderung und chronischer Erkrankung an der Gesellschaft und Zugänge zu individuell notwendigen Unterstützungsleistungen zu gewährleisten, informieren die IntegrationsFachDienste Migration auch zu Angeboten und Leistungen der Eingliederungshilfe und Selbsthilfe und arbeiten mit den entsprechenden Einrichtungen eng zusammen.

Mit dem Programm zur Existenzgründerförderung wird weiterhin für einzelne Zielgruppen wie die der Migrantinnen und Migranten neben dem System der Bildungsschecks die Möglichkeit der Projektförderung vorgesehen.

3.2.7 Seniorenarbeit und Altenhilfe

Situation

Am 31. Dezember 2009 lebten in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 29.715 ausländische Personen, davon 13.409 Frauen und 16.306 Männer.⁴⁶ Von den Ausländerinnen und Ausländern waren 5.306 Personen 50 Jahre und älter, darunter 2.418 Frauen und 2.888 Männer. Ein Vergleich bezogen auf das Jahr 2000 zeigt eine deutliche Zunahme der älteren Migrantinnen und Migranten. Eine vollständige Statistik zur Altersstruktur aller Migrantinnen und Migranten liegt nicht vor. Aufgrund der Zunahme der älteren Migrantinnen und Migranten wurden sie

erstmalig 2006 als Zielgruppe in das Landesprogramm „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ aufgenommen.

Generell unterscheidet sich die soziale Lage älterer Migrantinnen und Migranten von der der älteren einheimischen Bevölkerung. Die kulturelle und ethnische Prägung ist mit besonderen Erwartungen an die Alterssituation verbunden. Die Erfahrung zeigt, dass gerade ältere Migrantinnen und Migranten in intakten Familienverbänden sich wünschen, solange wie möglich in diesen zu verbleiben. Seniorenpolitische Angebote, wie zum Beispiel Veranstaltungen und Bildungsmaßnahmen, werden von den Migrantinnen und Migranten kaum genutzt. Gründe dafür können einerseits die besonderen Bindungen in den Migrantenfamilien und der verstärkte Zusammenhalt unter den Familienmitgliedern und andererseits Sprach- und Verständigungsprobleme sein. Auch können ein zu wenig soziokulturell differenziertes Angebot sowie Informationsdefizite über die bestehenden Angebote ursächlich sein.

Im Rahmen des Landesprogrammes „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ werden ältere Menschen für die Übernahme eines bürgerschaftlichen Engagements als Seniortrainer/in ausgebildet. Durch die ausgebildeten Seniorinnen und Senioren werden unter anderem auch Projekte für und mit Migrantinnen und Migranten entwickelt und durchgeführt. Beispielhaft seien hier das generationsübergreifende Integrationsprojekt „VIA REGIA zwischen Szczecin und Lübeck“ (Jugend- und Wanderaktionen entlang eines historischen Weges) und das Projekt „Aktives und selbstbestimmtes Älterwerden in Europa“ genannt. Darüber hinaus initiierte eine Seniortrainerin einen Deutschkurs für Migrantinnen und Migranten.

Zielstellung

- Ziel ist es, die Grundsätze der kultursensiblen Seniorenarbeit und Altenhilfe zu implementieren, um älteren Migrantinnen und Migranten unterschiedlicher Herkunft und Kultur den Zugang zu den Angeboten zu ermöglichen. Eine Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements im Sinne eines aktivierenden Miteinanders von einheimischer Bevölkerung und älteren Migrantinnen und Migranten wird angestrebt.

Maßnahmen

Die Migrantinnen und Migranten werden als Zielgruppe bei der Auswertung und Fortschreibung des Landesprogrammes „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ im Jahr 2012 berücksichtigt. Die bestehenden Angebote der Seniorenpolitik werden

⁴⁵ Handreichung: Qualitätsstandards und migrationsspezifische Instrumente zur Kompetenzfeststellung und Profiling; Erstellt vom IQ-Facharbeitskreis Kompetenzfeststellung, aktualisiert in 2008

⁴⁶ Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern

auch künftig die spezifischen Bedürfnisse und die psychosozialen Lebenslagen der Migrantinnen und Migranten berücksichtigen. Ein Ziel dabei ist, dass ältere Migrantinnen und Migranten unterschiedlicher Herkunft und Kultur die Möglichkeit und die Unterstützung erhalten, seniorenpolitische Angebote in ihrem Wohnumfeld in Anspruch zu nehmen und sich dort aktiv bei der Entwicklung von Projekten einzubringen. Einrichtungen, wie Seniorenbüros, Mehrgenerationenhäuser, Begegnungsstätten unter anderem sollten Angebote und Projekte entwickeln, die auch ältere Menschen verschiedener ethnischer, kultureller, religiöser und sozialer Herkunft erreichen. Sie müssen sich auf heterogene Zielgruppen einstellen und spezielle Angebote entwickeln, um damit ältere Migrantinnen und Migranten anzusprechen und ihnen den Zugang zu erleichtern.

Das Ministerium für Soziales und Gesundheit unterstützt im Rahmen der Umsetzung des Landesprogramms „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund.

Integration von Migrantinnen und Migranten findet vor Ort statt. Spezifische Angebote für ältere und pflegebedürftige Zugewanderte sind deshalb vorwiegend auf kommunaler Ebene zu gestalten. Wichtig ist die Unterstützung der durch ortsansässige MSO organisierten Projekte für ältere Migrantinnen und Migranten. Diese niedrigschwelligen Angebote werden aufgrund guter sprachlicher Verständigung und der Zugehörigkeit zum jeweiligen Kultur- beziehungsweise Religionskreis sehr gut genutzt und sollten sich noch stärker zur Zusammenarbeit mit Seniorenbüros, Mehrgenerationenhäusern und Begegnungsstätten öffnen.

In Regionen des Landes mit einem höheren Anteil älterer Migrantinnen und Migranten sind Altenhilfeeinrichtungen mit teilspezialisierten Angeboten für Migrantengruppen denkbar, zum Beispiel einzelne Wohngruppen oder Hausgemeinschaften. Die Umsetzung obliegt dem jeweiligen Einrichtungsträger. So wird in einer Altenpflegeeinrichtung in Rostock seit 2009 im Rahmen eines Modells der Pflegeheimbetreuung nach dem Hausgemeinschaftsprinzip von den insgesamt elf Hausgemeinschaften ein Bereich mit zehn Plätzen Migrantinnen und Migranten vorbehalten.

Um die Hilfeangebote für ältere Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern, soll das Beratungs-, Betreuungs- und Pflegepersonal im Rahmen der Aus- und Fortbildung über Aspekte kultursensibler Betreuung und Pflege unterrichtet werden. Den Bildungseinrichtungen und Trägern der Hilfeangebote wird empfohlen, Personal mit Migrationshintergrund zu qualifizieren (siehe hierzu auch Kapitel 3.2.9). Das Ministerium für Soziales und Gesundheit begleitet im Rahmen seiner Zuständigkeit die Verankerung dieser Bildungsinhalte.

3.2.8 Wohnen

Situation

Integration vollzieht sich vor allem auch in der Nachbarschaft, im Wohnumfeld, in Stadtteilen. Nachbarschaften, soziale Netzwerke, befreundete und ehrenamtlich Tätige im lokalen Umfeld stärken Sozialkontakte und Teilhabe am kommunalen Leben.

Analysen, die ein vollständiges Bild über die Verteilung von Migrantinnen und Migranten innerhalb der Landkreise und kreisfreien Städte vermitteln, liegen nicht vor.

Es ist jedoch festzustellen, dass der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Bevölkerung in den Landkreisen relativ gering ist (zum Beispiel Landkreis Ludwigslust 1,6 %, Landkreis Nordvorpommern 0,7 %, Landkreis Uecker-Randow 2,2 %). Die Mehrzahl der Ausländerinnen und Ausländer in den Landkreisen wohnt in den Städten.

Anders ist die Situation in den kreisfreien Städten des Landes wie zum Beispiel Rostock und Schwerin: In Rostock leben insgesamt 7.850 Ausländerinnen und Ausländer. Das sind 3,9 % der Gesamtbevölkerung der Hansestadt. In der Landeshauptstadt Schwerin mit 3.820 Ausländerinnen und Ausländern beträgt der Ausländeranteil 4,0 %.⁴⁷ Da sich in Schwerin und Rostock jüdische Gemeinden befinden, weist die Landesregierung diesen Kommunen jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer zu.

Während in Rostock die Zugewanderten verhältnismäßig gleichmäßig verteilt im gesamten Stadtgebiet leben, konzentriert sich der Zuzug der Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Schwerin größtenteils auf die Stadtteile Mueßer Holz und Neu Zippendorf.

In Mecklenburg-Vorpommern haben 40 Kommunen, die ein integriertes Stadtentwicklungskonzept erarbeitet haben, ein Monitoring Stadtentwicklung (eine prozessbegleitende Stadtbeobachtung) aufgebaut, um Entwicklungsprozesse in der Gesamtstadt und in Stadtteilen auswerten zu können. Das Monitoring erfasst für Städte über 30.000 Einwohner unter anderem die Anzahl der nichtdeutschen Einwohnerinnen und Einwohner in der Gesamtstadt, in den Stadtteilen und in den städtebaulichen Gesamtmaßnahmen (Fördergebiete der Städtebauförderung). Das Monitoring ist jährlich auf kommunaler Ebene zu aktualisieren. Dem Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung ist im Turnus von drei Jahren ein Auswertungsbericht vorzulegen.

Bei der Wohnungsversorgung der Migrantinnen und Migranten sind sowohl wirtschaftliche als auch soziale Faktoren zu berücksichtigen. Haushalte von Migrantinnen und Migranten sind

47 Stand: 31.12. 2008, Quelle: Ausländerzentralregister

in der Regel einkommensschwächer als die der einheimischen Bevölkerung. Migrantinnen und Migranten nehmen dort ihre Wohnung, wo familiäre und kulturelle Bindungen bestehen und die Mieten niedrig sind. Asylbewerberinnen und Asylbewerber sind sowohl in Gemeinschaftsunterkünften als auch dezentral in Wohnungen untergebracht.

Das Bund-Länder-Programm „Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ verfolgt das Ziel einer integrativen Stadtteilentwicklung, bei der neben städtebaulichen Aspekten auch soziale Gesichtspunkte im Mittelpunkt stehen. Ein Aufgabenschwerpunkt dieses Programms ist die Integration von Migrantinnen und Migranten.

Die gebietsspezifische Stadtentwicklung dient der Steigerung der Attraktivität, wirkt positiv auf das Wohn- und Lebensgefühl und trägt damit auch zur Integration von Migrantinnen und Migranten bei. Im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Stadt“ wurden seit 2006 Modellvorhaben, unter anderem mit dem Schwerpunkt der Integration von Migrantinnen und Migranten, in den Gebieten der Sozialen Stadt unterstützt.

Das Integrationsthema wurde in die Handlungskonzepte von Kommunen aufgenommen und Bewohnerinnen und Bewohner mit Migrationshintergrund wurden in die Stadtteilentwicklung einbezogen. Verschiedene Maßnahmen wurden gemeinsam erarbeitet und durchgeführt, wie zum Beispiel in Schwerin die Errichtung des Gorodkiparks. Im Schweriner Stadtteil Mueßer Holz erscheint die Stadtteilzeitung in deutscher und russischer Sprache. Diverse weitere Projekte wurden in den zwölf Fördergebieten der Sozialen Stadt in den kreisfreien Städten umgesetzt.

Die Verwaltungsvereinbarung des Bundes mit den Ländern über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen hat unter dem Punkt „Förderung von Maßnahmen der Sozialen Stadt“ die „Integration von Migrantinnen und Migranten“ ebenfalls als Maßnahmeschwerpunkt aufgenommen.

Zielstellung

- Ziel der Landesregierung ist die Integration von Migrantinnen und Migranten im Wohnumfeld und die Verbesserung der Lebensqualität für Einheimische und Zugewanderte.

Maßnahmen

Durch Bündelung fachübergreifender sozialer, arbeitsmarktpolitischer und kultureller Maßnahmen im Sinne einer Quer-

schnittsaufgabe soll einer einseitigen sozial schwachen Struktur in Wohngebieten entgegengewirkt werden. Die Städtebauförderungsprogramme kommen allen Bevölkerungsgruppen, somit auch Migrantinnen und Migranten, zugute.

Die Stadtentwicklung bleibt eine Daueraufgabe, an deren Förderprojekten Migrantinnen und Migranten ebenso partizipieren sollen wie andere Bevölkerungsgruppen. Die gebietsspezifische Stadtentwicklung soll die Attraktivität von Stadtteilen erhöhen und die Integration von Migrantinnen und Migranten im Wohnumfeld verbessern.

Das Programm „Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die Soziale Stadt“ umfasst als einen Aufgabenschwerpunkt die Integration von Migrantinnen und Migranten in Altstadt- und Plattenbaugebieten der kreisfreien Städte.⁴⁸ Im Rahmen des Programms wird die stärkere stadtteilbezogene Beteiligung von Migrantinnen und Migranten durch Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements angestrebt.

Die Förderung der Teilhabe und der sozialen Integration soll unter anderem verwirklicht werden durch die stärkere Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten in die Arbeit von Stadtteilbüros, Stadtteilbeiräten und Bürgertreffs. Durch diese Formen der Einbeziehung können Menschen mit Migrationshintergrund bei Planungsvorhaben in ihrem Wohnumfeld mitwirken. Die Beteiligung der Bürger an der Entwicklung der Wohngebiete liegt auch im Interesse der Wohnungsunternehmen.

3.2.9 Gesundheit

Situation

Aufgrund kultureller und kommunikativer Barrieren kommt es bei der Bevölkerungsgruppe der Migrantinnen und Migranten bundesweit relativ häufig zu Schwierigkeiten bei der gesundheitlichen Versorgung. Auf Seiten der Migrantinnen und Migranten bestehen Hemmungen bei der Inanspruchnahme von Leistungen des Gesundheitswesens aufgrund von Sprach- und Verständigungsproblemen, teilweise fehlen Informationen über Dienste und Einrichtungen des Gesundheitswesens. Hinzu kommen Befürchtungen vor ausländerrechtlichen Konsequenzen bei Inanspruchnahme von Leistungen. Mit Blick auf die Situation von Frauen mit Migrationshintergrund ist festzustellen, dass die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Gesundheitswesens unter anderem auch behindert wird, wenn das Fachpersonal im Gesundheitsbereich wenig über die Lebenssituation in der Migration, über Vorstellungen von Migrantinnen zu Gesundheit und Krankheit oder ihre Erwartungen an die Behandlung weiß.⁴⁹

48 Der Bund gewährt gemäß einer Verwaltungsvereinbarung Finanzhilfen an die Länder. Als eine Maßzahl für die Verteilung der Bundesmittel zählt der Ausländeranteil des Landes.

49 Vergleiche hierzu Beschluss der IntMK vom 19.03.2010

Eine Unter-, Über- oder Fehlversorgung verursacht oft erhöhte Kosten, vor allem in der stationären Therapie und Pflege.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration hat einen bundesweiten Arbeitskreis Migration und öffentliche Gesundheit - ein Gremium von Expertinnen und Experten aus den unterschiedlichen Bereichen des öffentlichen Gesundheitsdienstes und des Gesundheitswesens, der Kommunen, der Länder und des Bundes – einberufen. Er hat Empfehlungen zur kompetenten Versorgung von Migrantinnen und Migranten in den Krankenhäusern entwickelt.

Im Zuge der Umsetzung des Landesaktionsplanes für Gesundheitsförderung und Prävention, der besonders auf die Herstellung der gesundheitlichen Chancengleichheit zielt, werden auch die Belange von Migrantinnen und Migranten berücksichtigt. Das betrifft sowohl die gesundheitsfördernde Gestaltung der Lebenswelten Kindertagesstätte, Schule, Kommune und Betrieb als auch die Vermittlung von Gesundheitskompetenzen. Im Rahmen der Zielgruppenorientierung soll grundsätzlich geprüft werden, ob und wie in angemessener Weise auch Menschen mit Migrationshintergrund erreicht werden. In den Leitlinien für eine zeitgemäße Aufklärung, Prävention und Bildung zu HIV / AIDS in Mecklenburg-Vorpommern sind Menschen mit Migrationshintergrund als besonders zu beachtende Zielgruppe benannt. Sie sollen unabhängig von ihrem kulturellen Hintergrund Zugang zu Informationen, Prävention, Beratung und Versorgung haben. Dazu findet unter anderem gezielte Aufklärungsarbeit der Gesundheitsämter statt.

Die Gesundheitsämter bieten bei Bedarf Beratung und Betreuung von Migrantinnen und Migranten an, unter anderem sind Aufklärungsblätter in verschiedenen Sprachen erhältlich. Den Gesundheitsämtern wurden durch das Ministerium für Soziales und Gesundheit auch in verschiedene Sprachen übersetzte Merkblätter zu Schutzimpfungen und Verhaltensmaßnahmen bei bestimmten Infektionskrankheiten (Hepatitis A und B) zur Verfügung gestellt. Das Merkblatt zum Mammographie-Screening kann den Frauen durch die einladende Stelle in den Sprachen Griechisch, Russisch, Italienisch, Kroatisch, Polnisch und Türkisch zugesandt werden.

Es existiert eine gute Zusammenarbeit der psychiatrischen Kliniken in Greifswald und Stralsund mit dem Psychosozialen Zentrum für Migranten in Vorpommern e. V. Die betroffenen Migranten werden im Falle behandlungsbedürftiger psychischer Störungen kurzfristig in den Institutsambulanzen in Greifswald und Stralsund ärztlich und psychologisch und gegebenenfalls teilstationär oder stationär behandelt.

Die Anerkennung beruflicher Abschlüsse von Migrantinnen und Migranten im Bereich des Gesundheitswesens der Migranten im Zuständigkeitsbereich des Landesprüfungsamtes für Heilberufe im Landesamt für Gesundheit und Soziales hat sich nicht verändert (siehe hierzu Kapitel 3.2.6). Für Pflegeberufe werden Anpassungslehrgänge angeboten, die gut angenommen werden.

Im Rahmen des XENOS-Projektes „Gesundheit. Vielfalt. Zukunft“ stehen integrative Qualifizierungsangebote in Pflegeberufen für Migrantinnen und Migranten im Mittelpunkt. Das Projekt, das auch Aktivitäten zur Interkulturellen Öffnung der Gesundheitsbranche beinhaltet, wird in Vorpommern und an der Mecklenburgischen Seenplatte umgesetzt. Projektschwerpunkt ist die Ausbildung zur / zum staatlich anerkannten Kranken- und Altenpflegehelfer/in. Geplant ist eine Teilnehmerzahl von 36, davon zehn ohne Migrationshintergrund.

Zielstellung

- Gesundheitspolitisches Ziel ist die gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten an den Leistungen des Gesundheitswesens.

Maßnahmen

Als wichtiger Schritt zu einem migrantengerechten Behandlungsansatz wird in den Empfehlungen der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration zur kompetenten Versorgung von Migrantinnen und Migranten in den Krankenhäusern die Benennung von Integrationsbeauftragten und die Beschreibung ihrer Aufgabenbereiche genannt.

Die Empfehlungen der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sind nicht ohne Weiteres auf die ländlich geprägten Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern zu übertragen. Umsetzungsmöglichkeiten sollten unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten geprüft werden.

Generell werden besondere Vorkehrungen bei der stationären Versorgung von Patientinnen und Patienten mit Migrationshintergrund, zum Beispiel im Hinblick auf die Kommunikation und Betreuung, krankenhausspezifisch entsprechend der konkreten persönlichen Bedarfe umgesetzt.

Zur Optimierung der Gesundheitsversorgung von Zugewanderten bedarf es keiner Spezialangebote, sondern die vorhandenen Angebote sind durch Förderung der interkulturellen Kompetenz der Gesundheitsdienste zu stärken. Projekte im Land wie im Rahmen von XENOS, die dazu beitragen, sollen unterstützt werden.

Die gezielte Nutzung von Programmen des Bundes und der EU für die interkulturelle Öffnung der Gesundheitsbranche ist ebenfalls ein wichtiges Anliegen der Landesregierung. In diesem Zuge werden Projekte wie zum Beispiel das XENOS-Projekt „Gesundheit. Vielfalt. Zukunft“ mit dem Projektschwerpunkt der Ausbildung zur / zum staatlich anerkannten Kranken- und Altenpflegehelfer/in in Vorpommern und der Mecklenburgischen Seenplatte insbesondere auch für Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Migrationshintergrund unterstützt.

Migrantinnen kommt eine besondere Schlüsselfunktion im Hinblick auf ihre eigene Gesundheit und die ihrer Familien zu. Es ist deshalb besonders wichtig, Migrantinnen mit den Angeboten des Gesundheitswesens zu erreichen, von der Prävention, Therapie, Rehabilitation bis hin zur Pflege. Durch zielgruppenspezifische Informationsveranstaltungen zu frauenspezifischen Gesundheitsthemen und zu Themen der gesundheitlichen Prävention sollen Zugangsbarrieren für Migrantinnen zum Gesundheitswesen beseitigt werden. Vor Ort bereits bestehende Maßnahmen können Anknüpfungspunkte für weitergehende Angebote sein. In die Entwicklung entsprechender Angebote sollten muttersprachliche Fachfrauen einbezogen werden.⁵⁰

3.2.10 Kultur und Sport

Situation

Kultur und Sport bieten vielfältige Chancen für die Integration. Die Begegnung von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und die gemeinsame Betätigung in Kunst, Kultur und Sport steigern die wechselseitige Anerkennung. Sie können dazu beitragen, Vorurteile und Ängste abzubauen und präventiv gegen Gewalt und Extremismus wirken.

Grundlage für die kulturelle Förderung ist die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Projektförderung im kulturellen Bereich sowie nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes durch das Land Mecklenburg-Vorpommern.⁵¹

Interkulturelle Arbeit findet in allen Förderbereichen statt, unter anderem im Rahmen von Projekten der darstellenden und bildenden Kunst, der Literatur, des Films, an Jugendkunst- und Musikschulen, Bibliotheken, Museen.

Im Bereich der darstellenden Kunst fördert das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur seit Jahren das Jüdische Theater „Mechaje“ aus Rostock. An diesem Projekt nehmen sowohl ausgebildete Theaterschaffende aus der ehemaligen Sowjetunion als auch junge deutsche professionelle Schauspielerinnen und Schauspieler teil. Das Projekt ist für die Mitglieder der Jüdischen Gemeinden des Landes Mecklenburg-Vorpommern und darüber hinaus für die jüdische und nichtjüdische Theateröffentlichkeit von besonderer Bedeutung. In den vergangenen Jahren konnte dieses bundesweit einmalige, kulturpolitisch und künstlerisch wertvolle Projekt deutlich an Professionalität gewinnen und weiterhin für ein besseres Verständnis der Menschen aber auch der Religionen untereinander werben. Von 2005 bis 2009 wurden Neuinszenierungen des Jüdischen Theaters unter anderem aus Landesmitteln zur Förderung der Darstellenden Kunst und Heimatpflege gefördert. Daneben wurde die Teilnahme an einem Theatertreffen im Herbst 2007 in Kiew aus Landesmitteln ermöglicht. Im Jahre 2007 wurde das Ensem-

ble mit dem Kulturpreis des Landes Mecklenburg-Vorpommern geehrt.

Innerhalb des Förderbereiches Soziokultur ist ein Schwerpunkt speziell auf kulturelle Projekte von Migrantinnen und Migranten ausgerichtet.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur unterstützt die Aktion „Eine Welt im Koffer“. Menschen mit und ohne Migrationshintergrund reisen in ländliche Kindertageseinrichtungen und Schulen und stellen andere Traditionen und Kulturen vor. Das Projekt „Interkultureller Garten“ des Soziokulturellen Bildungszentrums Neubrandenburg zielt auf die Gestaltung sozialer Nahräume. Bürger aus elf Nationen pflegen Kulturen in multikultureller Vielfalt.

An den Kinder- und Jugendkunstschulen sowie den Musikschulen des Landes lernen Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund, darunter viele russischstämmige Kinder. An den Musikschulen unterrichten ebenfalls Lehrkräfte mit Migrationshintergrund. Die Schweriner Schule der Künste nahm am bundesweiten Modell- und Entwicklungsprojekt „Der KUNSTcode“ teil.

Über die Kulturförderung des Landes werden unter anderem auch kulturell-künstlerische Projekte zur Durchführung der Interkulturellen Wochen im Land ausgereicht.

Auf der Grundlage des Gesetzes zur Sportförderung in Mecklenburg-Vorpommern (Sportförderungsgesetz – SportFG M-V) vom 9. September 2002 soll die Förderung des Sports „integrativ wirken“ und „soziokulturelle Unterschiede überbrücken helfen“. Menschen mit Migrationshintergrund und das Schwerpunktthema „Sport und Integration“ sind ausdrücklich als Gegenstand der Förderung im Rahmen der „Richtlinie zur Förderung von Projekten im Sport in Mecklenburg-Vorpommern (Sportprojektförderrichtlinie)“ benannt.

So hat ein Träger ein multikulturelles Integrationsprojekt für einheimische und zugewanderte Jugendliche mit und ohne Handicap ins Leben gerufen. Verschiedene Kulturen und Lebenssituationen werden über regelmäßige Freizeitangebote in Sport, Kultur, über mediale Angebote und zeitlich begrenzte Aktivitäten wie Themennachmittage und Projektstage nahegebracht. Durch die Einbeziehung der Familien, insbesondere von Mädchen und Müttern, die aufgrund von Traditionen oftmals verstärkt von Ausgrenzung betroffen sind, werden wichtige Lebensbereiche in die Integrationsbemühungen einbezogen. An der Finanzierung des Projekts beteiligen sich das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern, das Landesamt für Gesundheit und Soziales, die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung Schule plus und die Hansestadt Rostock.

50 Vergleiche Beschluss der IntMK vom 19.03.2010

51 Amtsblatt Nr. 11 vom 26. Februar 2008

Durch das Bundesministerium des Innern und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration wurde im Juni 2008 die ständige Arbeitsgruppe „Integration und Sport“ ins Leben gerufen. Sie erarbeitet Empfehlungen für die Praxis, um eine interkulturelle Öffnung der Sportverbände und -vereine zu erreichen, Menschen mit Migrationshintergrund in die gestaltenden Strukturen der Vereine einzubinden und zielgruppenorientierte Angebote zu entwickeln und zu fördern.

In den vergangenen Jahren hat der Landessportbund Mecklenburg-Vorpommern e. V. (LSB) seine Aktivitäten hinsichtlich der Integration von Menschen unterschiedlicher kultureller und ethnischer Herkunft weiter verstärkt. Er hat das Programm „Integration durch Sport“ mit seinen fünf Integrationsmodulen Stützpunktvereine, ein- und mehrtägige Integrationsmaßnahmen, Starthelferinnen und Starthelfer, Sportmobile sowie Qualifizierungs- und Schulungsmaßnahmen noch flächendeckender als bisher umgesetzt. Dafür wurden Mecklenburg-Vorpommern auch Bundesmittel zur Verfügung gestellt.

Bislang wurden in Mecklenburg-Vorpommern 20 Sportvereine als Stützpunktvereine gewonnen, unter anderem in den Orten Schwerin, Rostock, Gelbensande, Neubrandenburg, Greifswald, Stralsund, Wismar, Waren, Parchim, Ludwigslust und Hagenow, die in besonderem Maße eine kontinuierliche und nachhaltige Integrationsarbeit leisten. Hier wurden die Bedingungen der Mitgliedschaften für Migrantinnen und Migranten im deutschen Sportverein besonders günstig gestaltet. Auch die Übernahme von Verantwortung im Verein durch Sportler mit Migrationshintergrund wird hier speziell gefördert, wie beispielsweise durch die Ausbildung zum Übungsleiter oder durch die Übernahme von Aufgaben zur Organisation von Höhepunkten im Vereinsleben. Damit bietet der vereinsorientierte Sport vielfältige Möglichkeiten nach der Integration in den Sport auch weiterreichende Integrationsprozesse in anderen Lebensbereichen in Gang zu setzen. Beispiele gelungener Integration durch den Sport in die Gesellschaft werden über die regionale Presse, Rundfunk und Fernsehen öffentlich gemacht. Der erste Integrationsbotschafter des Landessportbundes wurde im Juni 2010 ernannt.

Durch gemeinsame Aktionen der Sportvereine mit Netzwerkpartnern wie Schulen, Jugendclubs, karitativen Verbänden und Kulturvereinen wurde eine große Zahl an Zuwanderinnen und Zuwanderern erreicht und Möglichkeiten der sportlichen Freizeitgestaltung aufgezeigt. In Ferienfreizeiten, auf zahlreichen Sport- und Spielfesten, durch Einsätze des Sportmobils und in offenen Sportgruppen wurde die Integration von Migrantinnen und Migranten in die Gesellschaft deutlich belebt.

Speziell für Mädchen und Frauen, darunter zum großen Teil Migrantinnen, wurden Sportkurse in Gymnastik, Nordic Walking, Mutter-Kind-Schwimmen und Gesundheitssport in den Städten Hagenow, Schwerin, Rostock, Stralsund und Neubrandenburg initiiert.

Neben den Maßnahmen in den Stützpunktvereinen, die circa 3.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreichten, führte eine intensive Zusammenarbeit mit weiteren Sportvereinen sowie Kooperationspartnern dazu, dass in 2008 47 eintägige Integrationsmaßnahmen, acht mehrtägige Integrationsmaßnahmen finanziell unterstützt sowie 66 wohnumfeldnahe, sportlich orientierte Integrationsmaßnahmen mit dem Sportmobil durchgeführt werden konnten. Über diese Angebote konnten circa 30.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreicht werden.

Der Förderverein des Migrantenrates der Hansestadt Rostock finanziert z. B. mit Unterstützung des Landesfußballverbandes zweimal jährlich Fußballturniere für Einheimische und Fußballfreunde mit Migrationshintergrund. Um ein Signal gegen Rassismus auf dem Sportplatz zu setzen, hat der Migrantenrat mit dem FC Hansa Rostock im Juli 2009 ein gemeinsames Spiel unter Beteiligung tausender Zuschauerinnen und Zuschauer durchgeführt.

Bei verschiedenen Programmmaßnahmen des LSB M-V wurde festgestellt, dass es in den Vereinen und Verbänden noch ein sehr unterschiedliches Verständnis von interkultureller Öffnung gibt. Dabei wurde deutlich, dass es nicht genügt darauf zu verweisen, dass jedem die Möglichkeit gegeben ist, den Vereinssport zu nutzen. Bestehende Zugangsbarrieren müssen erkannt und beseitigt werden.

Zielstellung

- Migrantinnen und Migranten ist der Zugang zu allen kulturellen Bereichen sowie in den organisierten Sport zu öffnen und die gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.

Maßnahmen

In Kultur und Sport sollen zugangserleichternde Ansätze und Maßnahmen verfolgt werden, mit Projekten, die Interessenten mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen ansprechen und einbeziehen.

Ein Schwerpunkt liegt in der Förderung von kulturellen Projekten unter Beteiligung von Migrantinnen und Migranten im Rahmen der Förderung der Soziokultur.

Kulturell-künstlerische Projekte im Rahmen der Interkulturellen Wochen im Land und darüber hinaus werden unterstützt.

Das Programm „Integration durch Sport“ wird durch den LSB zielgerichtet genutzt, um die Integrationsarbeit der Sportvereine zu unterstützen. Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf die Qualitätssicherung der Arbeit gelegt. Aufbauend auf den Ergebnissen der Vorjahre sollen die Aufgaben und Möglichkeiten des Programms vor allem durch die Weiterführung der bisherigen Stützpunktarbeit, die Gewinnung neuer Programm-Partner und bürgerschaftlich Engagierter, die Initiierung vielfältiger

Integrationsmaßnahmen und eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit umgesetzt und erweitert werden.

Wichtige Ansätze sind dabei:

- Migrantinnen und Migranten über die Möglichkeiten des Vereinssports zu informieren und für eine sportbezogene Freizeitgestaltung zu motivieren,
- Migrantinnen und Migranten in den sportlich-geselligen Bereich einzubeziehen und an Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen zu beteiligen,
- die sportlichen Aktivitäten von Migrantinnen und Migranten zu unterstützen,
- Migrantinnen und Migranten in die Vereins- und Verbandsstrukturen einzubeziehen sowie
- die Befähigung zur Übernahme von eigenständigen Aufgaben wie Übungsleiter oder Trainer und Übertragung von Verantwortung für den Verein.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit sowie mit Qualifizierungs- und Fortbildungsangeboten des LSB soll über die Kreis- und Stadtsportbünde bis zur Vereinsebene ein einheitliches Integrationsverständnis entwickelt und die interkulturelle Öffnung auf allen Ebenen des organisierten Sports vorangetrieben werden. Neben dem dreitägigen Qualifizierungsseminar „Sport interkulturell“ und dem Aufbau-seminar zu Konfliktlösungsstrategien in multikulturellen Teams wird die Thematik auch in die Übungsleitergrundausbildung, in die Vereinsmanagerausbildung, in die Seminare der FSJ-ler und weitere Fortbildungen einfließen.

Über Gesundheitssportangebote, die Aufnahme traditioneller Sportarten aus den Herkunftsländern in die Angebote der einheimischen Sportvereine oder über die Zusammenarbeit mit Migrantensportvereinen sollen neue Zielgruppen gewonnen werden, darunter neben Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund auch bisher unterrepräsentierte Gruppen wie Erwachsene, Ältere und sozial Schwache.

Bis zum Jahr 2013 soll die Zahl der landesweit tätigen Stützpunktsportvereine von derzeit 21 auf 25 erweitert werden.

Die Programmarbeit mit allen Netzwerkpartnern soll weiterhin als kontinuierlicher Prozess gestaltet werden, der die ständige Analyse der Arbeit und - sofern erforderlich - eine Anpassung der Aufgaben an sich ändernde Problemlagen und Rahmenbedingungen einschließt.

3.2.11 Religion

Situation

Ein wesentliches Element soziokultureller Identität besteht in der religiösen Zugehörigkeit von Menschen.

Kirchen und Religionsgemeinschaften in Mecklenburg-Vorpommern leisten einen wichtigen Beitrag in der sozialen Integrationsbegleitung für Zugewanderte und zur interkulturellen Öffnung der Aufnahmegesellschaft. Neben der praktischen Sozialarbeit im diakonisch-karitativen Bereich wird er vor allem auch im interreligiösen Dialog und der interreligiösen Praxis geleistet.

Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburg und die Pommersche Evangelische Kirche sind Träger der Evangelischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern. Sie wiederum ist Trägerin der beiden Regionalzentren für demokratische Kultur Bad Doberan-Güstrow-Rostock und Nordvorpommern-Rügen-Stralsund, die das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“ aktiv umsetzen.

Unter dem Leitgedanken „Vielfalt anerkennen und gestalten“ begleiten die evangelischen Kirchen den einwanderungspolitischen Diskurs kritisch und konstruktiv. Sie beteiligen sich aktiv an der bundesweit stattfindenden Interkulturellen Woche und pflegen den interreligiösen Dialog mit Vertretern jüdischer und islamischer Religionsgemeinschaften in Rostock, Schwerin und Greifswald. Ein wichtiger Anknüpfungspunkt für alle Kirchengemeinden ist die Integration vor Ort, da die Bezüge zum Gemeinwesen, in dem Zugewanderte leben, in der Regel sehr stark sind.⁵²

Die Katholische Kirche veranstaltet in ihren Bildungsstätten in Zinnowitz, Teterow und Parchim regelmäßig Seminare und Veranstaltungen im Rahmen des interreligiösen Dialogs. Sie war maßgeblich an der Ausgestaltung der bundesweiten Eröffnungsveranstaltung der Interkulturellen Woche 2008 in Schwerin beteiligt und engagiert sich in den Ballungszentren aktiv am interreligiösen Dialog mit jüdischen und islamischen Religionsvertretern.

Der Landesverband der Jüdischen Gemeinden besteht zu über 99 % aus Migrantinnen und Migranten. Seit Wiederbelebung des jüdischen Lebens findet hier eine vielfältige Förderung statt. Mit Unterstützung aus Landesmitteln konnte mit dem Bau der Synagoge in Schwerin 2008 und der Sanierung des Gemeindezentrums 2009 eine spürbare Verbesserung der Kulturarbeit erreicht werden. Der Landesrabbiner Dr. William Wolff ist in den interreligiösen Dialog eingebunden, Informationsveranstaltungen wie der „Tag der offenen Synagoge“, der „Tag des offenen Denkmals“ sowie Konzert- und Chorveranstaltungen werden nun regelmäßig angeboten.

Im Gegensatz zu den christlichen Kirchen und den Jüdischen Gemeinden bildet die Gemeinde der Muslime im Land keine Körperschaft öffentlichen Rechts. Mecklenburg-Vorpommern hat im Bundesvergleich einen der geringsten relativen und absoluten muslimischen Bevölkerungsanteile. Es gibt landesweit

52 „... denn ihr seid selbst Fremde gewesen“ - Vielfalt anerkennen und gestalten. Ein Beitrag der Kommission für Migration und Integration der EKD zur einwanderungspolitischen Debatte. EKD-Texte 108, 2009

in fünf Städten insgesamt lediglich sechs muslimische Gemeinden, die sich durch einen hohen Grad an ethnischer Heterogenität auszeichnen (Stand 2009). Im November 2008 wurde als erster Schritt zur Gründung einer islamischen Religionsgemeinschaft ein Koordinationsrat der Muslime in Mecklenburg-Vorpommern (KRMV) gegründet, der die Aufgabe hat, die Muslime im Land zu vertreten.

Die religiöse Bildung jugendlicher Muslime erfolgt in Mecklenburg-Vorpommern primär nicht in Moscheen und teilweise unter schwierigen Rahmenbedingungen. Am 3. Oktober laden die islamischen Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern regelmäßig zum Tag der offenen Moschee ein. Interreligiöser Dialog ist ein Bestandteil der Aktivitäten der islamischen Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern.

Zielstellung

- Interreligiöses Lernen und die aktive Gestaltung eines interreligiösen Dialogs werden gefördert, um gegenseitige Akzeptanz und das friedliche Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten im Land zu stärken.

Maßnahmen

Die Landesregierung erkennt die religiöse Vielfalt von Migrantinnen und Migranten als Bereicherung der Gesellschaft an und setzt sich auf der Basis der verfassungsrechtlichen Vorgaben für die Gleichbehandlung der unterschiedlichen Religionen ein.

Information und Dialog fördern Vertrauen, Offenheit, gegenseitiges Verständnis und Akzeptanz. Die Landesregierung begrüßt die Initiativen von Kirchen und Religionsgemeinschaften zur Initiierung, Belebung und Fortsetzung der interreligiösen Dialoge und damit zur Förderung eines von gegenseitigem Vertrauen und Akzeptanz geprägten Klimas im Land.

Der „Faktor Religion“ als Element erfolgreicher Integrationspolitik muss stärker ins Bewusstsein gerufen werden. Die Landesregierung unterstützt das friedensstiftende und integrationsfördernde Engagement von Kirchen und Religionsgemeinschaften. Eine lebendige Gemeindearbeit sowie Öffentlichkeitsarbeit, interreligiöse Arbeitsgruppen und Gesprächskreise stehen im Interesse einer gelingenden Integration.

Innerhalb des Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen werden Weltreligionen dialogisch offen unterrichtet.

4. Ausblick

In Mecklenburg-Vorpommern wird Integration als dauerhafte politische und gesellschaftliche Aufgabe verstanden.

2006 schuf die Landesregierung erstmalig eine konzeptionelle Grundlage für die Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern. Mit der vorliegenden Fortschreibung der Landeskonzeption wird über die Integrationsarbeit des Landes im Zeitraum von 2006 bis 2010 in einzelnen Handlungsfeldern berichtet. Es werden Entwicklungen und integrationspolitische Erfordernisse genannt, Ziele und Maßnahmen aktualisiert. Der Fortschreibung sind umfassende Beteiligungs- und Abstimmungsprozesse mit vielen in der Integrationsarbeit tätigen Trägern, Institutionen und gesellschaftlichen Gruppen vorausgegangen. Insgesamt ist festzustellen, dass eine Reihe unterschiedlicher Programme, Maßnahmen und Projekte auf EU-, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene integrationsfördernde Ansätze entfaltet.

Auf der neuen konzeptionellen Grundlage gilt es, Förderprogramme, Angebote und Strukturen in allen Lebensbereichen so für die Integrationsarbeit zu nutzen und weiterzuentwickeln, dass Zugewanderte künftig noch besser erreicht werden und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erhöht wird.

Aktuelle und künftige Schwerpunkte der Integration im Land sind die für die Integration zentralen Fragen der Bildung, des Spracherwerbs und die Stärkung der aktiven Partizipation von Migrantinnen und Migranten. Die spezifischen Belange zugewanderter Familien, Kinder und Jugendlicher sollen künftig auch unter dem Genderaspekt noch stärkere Berücksichtigung finden. Im Mittelpunkt aller Anstrengungen steht dabei auch weiterhin die Schaffung eines Klimas, das den Zusammenhalt von zugewanderter und einheimischer Bevölkerung im Land stärkt und von Akzeptanz und gegenseitiger Wertschätzung geprägt ist.

Die vorliegende Konzeption hat keinen abschließenden Charakter. Es wird auch künftig zu prüfen sein, ob und in welchen Bereichen Anpassungen an die sich verändernden Rahmenbedingungen erforderlich sind. Dafür sind weitere verlässliche und differenzierte Daten erforderlich, die Auskunft darüber geben, wie sich der Integrationsprozess im Land vollzieht. Die Entwicklung und Erprobung von Integrationsindikatoren soll deshalb in Zukunft einen noch breiteren Raum einnehmen.

Die Landesregierung beabsichtigt, die Konzeption zu gegebener Zeit fortzuschreiben.

